Erklärung des ZK's der KPD/ML zum 1.Mai

1H 20 150C

Beilage

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

Nr. 14 vom 5. April 1975 | 9. Jahrgang | 50 Pfennig

Kampf der wachsenden Kriegsgefahr durch die zwei Supermächte!

Für die Einheit und Solidarität der europäischen Völker

Auf der Veranstaltung in Kiel „Droht ein neuer Weltkrieg?" hielt Genosse Ernst Aust, Vorsitzender der KPD/ML, eine außerordentlich wichtige Rede. Diese Rede hat richtungsweisende Bedeutung für den Weg der deutschen Arbeiterklasse zu einem vereinten, unabhängigen, sozialistischen Deutschland, und für ihren Beitrag zur Weltrevolution.

Liebe Freunde, Kollegen, Genossen,

ich möchte meine Rede mit einem Zitat beginnen, das sicher mancher von Euch in den letzten Wochen gelesen hat. Ich meine den Satz aus dem Bericht über die Tätigkeit der Regierung, den der Genosse Tschou En-lai auf dem IV. Nationalen Volkskongress der Volksrepublik China am 13. Januar 1975 gab. Er lautet: ***„Die beiden Supermächte, die USA und die Sowjetunion, sind die größten internationalen Unterdrücker und Ausbeuter unserer Zeit, sie sind die Quelle eines neuen Weltkriegs. Ihre heftige Rivalität muß eines Tages zum Weltkrieg führen. Die Völker aller Länder müssen sich darauf vorbereiten."***

„Ihre heftige Rivalität muß eines Tages zum Weltkrieg führen"! Wohlgemerkt „muß" und nicht „kann". Wie wir wissen, wie uns Lenin lehrte, ist es ein objektives Gesetz, daß, solange der Imperialismus besteht, Kriege absolut unvermeidlich sind und daß diese Kriege die Bedingungen für neue politische Situationen schaffen.

Aus dem zweiten Weltkrieg war der USA-Imperialismus als stärkste imperialistische Macht hervorgegangen. Nach und nach trat er auf allen Kontinenten das Erbe des britischen und französischen Kolonialismus an. Er errang die Vorherrschaft über Westeuropa, setzte die Teilung Deutschlands durch, um Westdeutschland zum Aufmarschgebiet gegen das damalige sozialistische Lager zu machen, und errichtete den aggressiven Militärblock der NATO. Der USA-Imperialismus war der Hauptfeind der Völker. Doch schon bald, infolge der Ungleichmäßigkeit der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung des Kapitalismus, hatte der USA-Imperialismus den Gipfel seiner Machtentfaltung überschritten. Die Freiheitskämpfe der Völker, seine Niederlage im Aggressionskrieg gegen Korea, das Wiedererstarken der anderen imperialistischen Staaten erschütterten seine Macht. Nachdem die Chruschtschow-Clique in der Sowjetunion die Macht an sich gerissen und den Kapitalismus wieder errichtet hatte, entwickelte sich die Sowjetunion schnell zu einer sozialimperialistischen Macht (sozialistisch in Worten, imperialistisch in ihren Taten).

Die Sozialimperialisten erstarkten durch die hemmungslose Ausplünderung der durch sie unterdrückten und militärisch besetzt gehaltenen revisionistischen Länder Osteuropas. Gleichzeitig erlitt der US-Imperialismus schwere Niederlagen – vor allem durch den Kampf der von ihm unterdrückten Völker, besonders der Völker Indochinas. Die Verteidigung seiner Herrschaft auf allen Kontinenten erforderte immer höhere Rüstungsausgaben, die seine Wirtschaft unterhöhlten, seine Währung zerrütteten und die Klassenkämpfe im eigenen Land verschärften.

Die Sozialimperialisten ihrerseits versuchen alles, um in den Herrschaftsbereich des US-Imperialismus einzudringen. Sie entsenden ihre Kriegsschiffe in alle Weltmeere. Sie versuchen wie der US-Imperialismus, den Regierungen anderer Länder ihren Willen aufzuzwingen, indem sie sie mit sogenannten Krediten, Waren- und Waffenlieferungen erpressen. Jeder dritte sowjetische Soldat steht außerhalb der Grenzen der Sowjetunion. Hier in Europa, auf dem Boden Deutschlands, stehen sich heute waffenstarrend die Truppen des aggressiven, unter der Herrschaft der neuen Zaren im Kreml stehenden Warschauer Paktes und der nicht minder aggressiven

Fortsetzung auf Seite 3



Genosse Ernst Aust, Vorsitzender der KPD/ML, während seiner Rede auf der Veranstaltung in Kiel „Droht ein neuer Weltkrieg?"

Aufruf zur Aktionseinheit:

Heraus zum Roten 1.Mai!

Zum 1. Mai rufen wir alle revolutionären Organisationen, alle Revolutionäre, alle diejenigen, die sich – an welcher Front auch immer – zum Kampf gegen das kapitalistische System zusammengeschlossen haben, zur Aktionseinheit auf. Demonstriert gemeinsam mit uns! Stellen wir dem Regierungsmai der westdeutschen Imperialisten und ihrer Handlanger, dem arbeiterfeindlichen, imperialistischen DGB-Apparat und vor allem den modernen Revisionisten der D„K"P/„S"EW den revolutionären 1. Mai, den Roten 1. Mai entgegen.

Wir begrüßen es natürlich, wenn sich auch andere Organisationen am 1. Mai von der revolutionären Linie des Maiaufrufs des ZK unserer Partei leiten lassen, aber wir machen die Übereinstimmung mit diesem Aufruf nicht zur Vorbedingung für eine Aktionseinheit. Ebensowenig machen wir eine Aktionseinheit von einer gemeinsamen Plattform, einem gemeinsamen Aufruf, von der Anerkennung bestimmter Losungen abhängig.

Für uns ist allerdings Vorbedingung, daß es auch am 1. Mai keine Aktionseinheit mit den modernen Revisionisten der D„K"P/„S"EW und den trotzkistischen Organisationen der 4. Internationale geben kann, ebenso wie deren Losungen und Parolen auf den revolutionären Maidemonstrationen nichts zu suchen haben. Jede Hetze gegen die sozialistischen Länder, besonders die VR China und die VR Albanien, gegen die Diktatur des Proletariats und den Sozialismus, gegen die marxistisch-leninistische Weltbewegung muß unterbleiben. Es muß selbstverständlich sein, daß in der Aktionseinheit die Freiheit der Agitation und Propaganda gewährleistet ist. Unter diesen Voraussetzungen rufen wir zur Aktionseinheit zum revolutionären 1. Mai, zu gemeinsamen revolutionären Maidemonstrationen auf.

HERAUS
ZUM ROTEN 1. MAI!

Vietnam: Hunderttausende auf der Flucht?

Lügenpropaganda der US-Imperialisten

Während die Befreiungsstreitkräfte und die kämpfenden Völker in Kambodscha und Vietnam den amerikanischen Imperialisten und ihren Lakaien in Phnom Penh und Saigon Schlag auf Schlag versetzen, haben die bürgerlichen Zeitungen, der Rundfunk und das Fernsehen ihre Hetze gegen den Befreiungskampf des kambodschanischen und vietnamesischen Volkes gesteigert. Keine Lüge ist ihnen zu schlecht, keine Demagogie zu billig.

Wir alle kennen die Bilder von mit Menschen vollgepropften Schiffen, wir alle kennen die „Berichte" über endlose Flüchtlingstrecks, über die Hunderttausende von Menschen, die angeblich vor der Befreiungsarmee in Südvietnam auf der Flucht sind. **Wie sieht es denn in Wirklichkeit mit den Flüchtlingen aus, die uns da als „Beweis" für die Angst des Volkes vor der Befreiungsarmee präsentiert werden?**

Seit 25 Jahren kämpft das vietnamesische Volk gegen die amerikanischen Imperialisten und ihre jeweiligen Lakaien. Die Bevölkerung in den von der Thieu-Clique kontrollierten Gebieten hat die Verletzungen des Pariser Abkommens durch diese Bande, die Überfälle auf die befreiten Gebiete und die faschistische Unterdrückung mit der Verstärkung ihres Kampfes für den Sturz des Thieu-Regimes beantwortet und gemeinsam, im vereinten Kampf mit der Befreiungsarmee, die Marionettenarmee Thieus in die Flucht geschlagen und vertrieben. Tausende von Soldaten dieser Armee haben sich den Befreiungskämpfern angeschlossen und in den Städten wehren sich die Jugendlichen gegen die Zwangsrekrutierung.

Um die Verbreitung dieser Wahrheit zu verhindern, wurde in Saigon der französische Journalist Paul Leandri nach einem Verhör, in dem er sich weigerte, seine Berichte über die Kämpfe im zentralen Hochland der offiziellen Lügenpropaganda anzupassen, von der faschistischen Polizei Thieus erschossen. Es ist außerdem bezeichnend, daß in Saigon schon die Veröffentlichung des Textes des Pariser Abkommens als Hochverrat mit Gefängnis bestraft wird.

Es gibt in Südvietnam, außer den Soldaten der Thieu-Clique und ihren amerikanischen Militärberatern, außer den Spekulanten, denen, die auf Kosten des Volkes leben und sich an seiner Unterdrückung beteiligen, niemanden, der vor der Befreiungsarmee auf der Flucht ist.

Es gibt aber die grausame und brutale Vertreibung und Zwangsevakuierung von Hunderttausenden

Fortsetzung auf Seite 2

DA NANG IST BEFREIT!

Am 29. März gelang es den Truppen der Befreiungsarmee der Provisorischen Revolutionsregierung der Republik Südvietnam, die Hafenstadt Da Nang von den faschistischen Thieu-Truppen zu säubern und zu befreien. Die Hafenstadt war eines der Zentren, von wo aus die US-Imperialisten mit ihrer Marionette Thieu ihre Angriffe auf die befreiten Gebiete starteten und von wo aus sie den militärischen Nachschub für ihre Verbrechen organisierten – trotz der ständigen Warnungen der Provisorischen Revolutionsregierung der Republik Südvietnam, das Pariser Abkommen einzuhalten. Damit ist eine weitere Provinz Südvietnams gänzlich von dem faschistischen Thieu-Regime befreit.

Portugal: Auf dem Weg zum Sozialismus?

Sozialfaschistische Diktatur!

Kein Tag vergeht, ohne daß die revisionistische Presse über die Entwicklung in Portugal jubelt. Das „Neue Deutschland", Zeitung der „S"ED-Revisionisten, und die „UZ" der D„K"P-Verräter feiern die Zusammenarbeit der portugiesischen Armee und der portugiesischen Revisionistenpartei P„K"P als „Garanten der Revolution" und die Politik der Regierung als „Weg zum Sozialismus".

Doch was in Portugal errichtet wird, ist erneut eine faschistische Herrschaft, nur daß diese von den modernen Revisionisten wie in der DDR, in Polen und in der Sowjetunion mit sozialistischen Phrasen und Demagogie getarnt wird.

„Eine neue Etappe im Kampf um die Brechung der ökonomischen Macht der Monopole", schrieb das „Neue Deutschland", sei in Portugal angebrochen. Und alle revisionistischen Zeitungen sind sich darin einig: In Portugal sei der Weg zum Sozialismus beschritten worden. In zweifacher Hinsicht ist das gelogen. Die angebliche „Brechung der ökonomischen Macht der Monopole" in Portugal besteht darin, daß die Kreditbanken des inländischen Finanzkapitals verstaatlicht wurden. Doch haben diese gegenüber dem ausländischen Monopolkapital der Imperialisten eine weitaus geringere Bedeutung. Gerade die ausländischen Imperialisten, die US-Imperialisten, die westdeutschen Imperialisten usw. waren es, die in Portugal mittels der Caetano-Diktatur das Volk unterdrückt und ausgebeutet haben. Ihre Kreditbanken und Monopole aber wurden nicht im geringsten angetastet.

Die noch wichtigere Frage aber ist, was die Verstaatlichung denn eigentlich bedeutet. Bedeutet sie, wie die modernen Revisionisten behaupten, „Brechung der ökonomischen Macht der Monopole", führt sie zum Sozialismus? Auch in Westdeutschland gibt es staatliche Banken, hat der Staatsapparat in allen wichtigen Grundindustrien seine Finger drin – und sogar in weitaus größerem Maße als in Portugal. Und dennoch wird niemand bei klarem Verstand behaupten wollen, wir hätten in Westdeutschland den Sozialismus. Noch klarer wird das am Beispiel des sowjetischen Sozialimperialismus. Dort gibt es praktisch nur staatliche Betriebe – aber keineswegs ist dort die ökonomische Macht der Monopolbourgeoisie gebrochen – vielmehr verfügt die neue Bourgeoisie in der Sowjetunion über die Wirtschaft gerade vermittels ihres imperialistischen Staatsapparates. **Die entscheidende Frage in Portugal, Westdeutschland wie in der Sowjetunion ist: Wessen Staat ist das, wessen Herrschaftsapparat – der der Bourgeoisie oder der des Proletariats?**

Der Kampf des portugiesischen Volkes erzwang den Sturz des Caetano-Faschismus. Doch die modernen Revisionisten verrieten den antifaschistischen Kampf des Volkes und verhinderten mit ihrem Einfluß, daß der Kampf der portugiesischen Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen gegen den Faschismus zur proletarischen Revolution, zur Diktatur des Proletariats führen konnte. Dank dieser Verräter hat heute noch immer die Bourgeoisie die Staatsmacht in den Händen. An der Spitze des Staatsapparates stehen diejenigen, die das portugiesische Volk unterdrückt haben und unterdrücken, die bis zuletzt mit aller Gewalt versucht haben, den Befreiungskampf der Völker Angolas, Mosambiks und Guinea-Bissaus im Blut zu ersticken. Eben das Militär, das heute die modernen Revisionisten als „Garanten des Fortschritts und der Revolution" bezeichnen, ist dasselbe, das gestern noch offen diese Völker mordete und gewaltsam unterdrückte. **Daß diese Feinde des portugiesischen Volkes sich heute als Vertreter der Interessen des porgugiesischen Volkes aufspielen, ist einzig das schändliche „Verdienst" der modernen Revisionisten, die den Feinden des Volkes einen Glorienschein verleihen, um das portugiesische Volk zu täuschen und zu versklaven.**

Unter dem Propagandageschrei der Revisionisten, den Lügen von Revolution und Sozialismus in Portugal, wird in immer schärferem Maß die faschistische Diktatur wieder gegen die werktätigen Massen errichtet. Der „Militärrat", der die Gesetze verfaßt und zugleich für ihre gewaltsame Durchsetzung sorgt, erließ laut Regierungsanzeiger ein Gesetz, das ihm erlaubt, „alle erforderlichen Maßnahmen – einschließlich der Unterbindung ihrer Tätigkeit – gegen politische Parteien und Organisationen einzuleiten, deren Ziele dem Programm der MFA zuwiderlaufen oder die zur Gewalt oder zur Untergrabung der Disziplin in den Streitkräften aufrufen".

Kundgebung in Lissabon gegen die Vorherrschaftspolitik der beiden Supermächte, des US-Imperialismus und des sowjetischen Sozialimperialismus

Dieses Gesetz stellt in jeder Hinsicht unter Strafe, die Macht als auch die Demagogie der herrschenden Klasse samt der modernen Revisionisten anzutasten. Es richtet sich offen gegen die Marxisten-Leninisten in Portugal, gegen den Kampf für die proletarische Revolution, gegen die Befreiung der Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen.

In Portugal vollzieht sich kein Wandel von der Unterdrückung zur Befreiung des Volkes durch die Revolution, sondern was die sozialfaschistischen Verräter wie Cunhal „Revolution" nennen, ist nichts anderes als das Auswechseln der Oberherren: anstelle des Faschismus eines Caetano, der unter der Führung des US-Imperialismus stand, nun eine sozialfaschistische Diktatur unter dem Militärstiefel der sowjetischen Sozialimperialisten zu errichten.

Auf allen Gebieten versuchen die sowjetischen Sozialimperialisten seit dem Sturz des Caetano-Regimes durch das Volk Fuß zu fassen und Einfluß zu gewinnen. Zum einen, indem sie direkt an Portugal Forderungen stellen, wie die Benutzung portugiesischer Häfen, und wirtschaftliche Unterstützung anbieten. Als Hauptkraft aber dient ihnen bei der Stärkung des sowjetischen Einflusses, bei der Verwandlung Portugals in eine Kolonie des sowjetischen Sozialimperialismus ihre 5. Kolonne in diesem Land: die modernen Revisionisten mit dem Verräter Cunhal an der Spitze. Jeder Zipfel mehr, den sie durch ihre Regierungsbeteiligung im wirtschaftlichen und öffentlichen Leben Portugals kontrollieren, bedeutet eine Ausweitung der Macht des sowjetischen Sozialimperialismus in Portugal. Das ist auch der wirkliche Grund, warum die Propagandamaschine des sowjetischen Sozialimperialismus und mit ihm die ganze revisionistische Presse die Verstaatlichung der Kreditbanken in Portugal bejubelt: Weil damit der Einfluß der modernen Revisionisten in der Regierung auf die Wirtschaft Portugals und damit in Wahrheit der Einfluß des sowjetischen Sozialimperialismus wächst. Ihm und seinen aggressiven, hegemonistischen Supermachtsinteressen dient diese Verstaatlichung, nicht aber im geringsten der Arbeiterklasse und den anderen Werktätigen.

Es ist der Versuch des sowjetischen Sozialimperialismus, im Ringen mit dem US-Imperialismus um die Vorherrschaft in Europa, die Herrschaft in einem Land Westeuropas an sich zu reißen, um seinem Ziel näher zu kommen: Nämlich über ganz Europa seine Herrschaft zu errichten und die Völker Europas unter seinem Militärstiefel auszupressen und zu zertreten.

Die Entwicklung in Portugal ist daher nicht nur für das portugiesische Volk unmittelbar von außerordentlicher Bedeutung, sondern für alle Völker Europas. Für das portugiesische Volk wie für unser Volk heißt es, den Kampf gegen den sowjetischen Sozialimperialismus zu verstärken, seiner wachsenden Einflußnahme entschieden entgegenzutreten und für die proletarische Revolution, für die Diktatur des Proletariats zu kämpfen – gegen den Verrat und Betrug der 5. Kolonne des sowjetischen Sozialimperialismus, die modernen Revisionisten.

Kambodscha

SU-Diplomaten suchen das Weite

Seit einiger Zeit beteuern die sowjetischen Sozialimperialisten lauthals ihre Solidarität mit dem Kampf des kambodschanischen Volkes und behaupten sogar, sie hätten schon immer auf der Seite der patriotischen Kräfte gestanden. Was für eine Heuchelei! Es ist nämlich bekannt geworden, daß die sowjetischen Sozialimperialisten jetzt ihre Diplomaten aus Phnom Penh abziehen wollen und den „Botschafter" des Verbrechers Lon Nol in Moskau „ersucht" haben, die Sowjetunion zu verlassen.

Bis jetzt also haben die sowjetischen Sozialimperialisten ihre Verbindungen zu der faschistischen Clique um Lon Nol aufrechterhalten und mit diesem Regime zusammengearbeitet, um den Befreiungskampf des kambodschanischen Volkes zu sabotieren. Alle ihre demagogischen Erklärungen können diese Tatsache nicht aus der Welt schaffen. **Heute, wo alle Welt sehen kann, daß die Tage Lon Nols und seiner Bande von Verrätern gezählt sind, wo sich die eiserne Zange des kambodschanischen Volkes immer enger um Phnom Penh zusammenzieht, verlassen die Ratten das sinkende Schiff . . .**

Die Neuen Zaren im Kreml preisen sich selbst als die „natürlichen Verbündeten" des Befreiungskampfes der Völker der 3. Welt. In Wirklichkeit aber sind sie geschworene Feinde des Befreiungskampfes, die in der Maske des Freundes auftreten, um diesen Kampf zu sabotieren und die Völker unter ihr Joch zu zwingen.

Lügenpropaganda der US-Imperialisten

Fortsetzung von Seite 1

von Menschen aus ihrer Heimat durch die amerikanischen Imperialisten und die Thieu-Armee. Wo immer sie geschlagen abziehen müssen, verwüsten sie das Land und die Dörfer, treiben die Einwohner zusammen und zwingen sie zur „Flucht". Wo immer sie abziehen, folgen ihnen die Bomber, um das Land und die Städte in Wüsten zu verwandeln und die Menschen zu ermorden. Alles verwüsten, nichts als „verbrannte Erde" zurückzulassen, das sind die verbrecherischen Mittel, mit denen die amerikanischen Imperialisten und ihr Lakai Thieu die Menschen aus ihrer Heimat vertreiben. Nicht erst seit heute, sondern seitdem die amerikanischen Imperialisten ihren Aggressionskrieg gegen das vietnamesische Volk begonnen haben, sind so Hunderttausende zur „Flucht" gezwungen worden.

Die „Frankfurter Rundschau" hat zugegeben, daß *„amerikanische Militärs (. . .) die Methode der Flüchtlingserzeugung"* erfanden. *„Es bedeutete nichts anderes, als daß man ganze Provinzen mehr oder weniger mit Gewalt entvölkert hat, um freies Schußfeld zu bekommen. (. . .) Den Opfern dieser Praktiken blieb nur die Wahl, ihre Dörfer zu verlassen und ins ungewisse zu flüchten – oder freiwillig zu Zielen von Flächenbombardements zu werden."*

Die Lüge von den Flüchtlingen soll die Völker der Welt täuschen und die Rechtfertigung für ein verstärktes Eingreifen der amerikanischen Imperialisten in Vietnam liefern. Unter dem Deckmantel von „Flüchtlingshilfe" und „Evakuierung" haben die USA-Imperialisten schon einen Flugzeugträger drohend bei Da Nang vor Anker gehen lassen. Als „Sonderbotschafter" Fords ist auch der amerikanische General Weyland nach Saigon geflogen, um gemeinsam mit Thieu neue Verbrechen auszuhecken. Auch die Bundesregierung in Bonn hat dem faschistischen Regime Thieus inzwischen zehn Mio. DM als „Flüchtlingshilfe" zukommen lassen. Der ehemalige Oberbefehlshaber der amerikanischen Imperialisten in Südvietnam, Westmoreland, fordert bereits lauthals zur Verminung des Hafens von Haiphong und zur verstärkten Bombardierung von Laos, Kambodscha und der befreiten Gebiete in Südvietnam auf.

Die amerikanischen Imperialisten planen neue Aggressionen und Verbrechen gegen das vietnamesische Volk. Ihre Lügenpropaganda soll die Völker der Welt über ihre wahren Absichten täuschen.

Kurz berichtet

BOCHUM

Nachdem der KSB/ML unter seinen Sympathisanten im Monat Januar 504,35 DM für den Wahlkampf in NRW gesammelt hatte, hat er nun noch einmal 714,60 DM gesammelt, so daß er sein Ziel, bis zum Mai dieses Jahres 1 000 DM für den Wahlkampf zu sammeln, schon im März erfüllt hat. Diese 714,60 DM kamen durch Spenden der KSB/ML-Genossen zusammen und durch Spenden, die als Entgelt für Umzüge, die von den Genossen durchgeführt wurden, aufgebracht wurden. Außerdem haben auch die Sympathisanten den Wahlkampf durch Spenden weiter unterstützt.

STUTTGART

Am 17. 3. 75 wollte die faschistische NPD auf einer öffentlichen Veranstaltung in Stuttgart-Ost ihre Stadtratskandidaten vorstellen. Die Partei verteilte dazu Flugblatter im Stadtteil. Einige Bewohner versprachen auf das Flugblatt hin, daß sie ebenfalls kommen wollten, um zu erreichen, daß die Veranstaltung der NPD nicht stattfindet. Eine halbe Stunde vor Veranstaltungsbeginn stellten sich die Genossen vor der betreffenden Kneipe auf, riefen Parolen und sangen revolutionäre Lieder. Die Faschisten versuchten daraufhin zum Teil erst gar nicht, in die Kneipe hereinzukommen. Wer es doch versuchte, mußte feststellen, daß die Mauer der Genossen standhielt. Die Polizei, die Faschisten aus der Kneipe heraus zu Hilfe geholt hatten, griff nicht ein. Erst nach über einer Stunde, als die meisten Faschisten abgezogen waren, wurde der Platz geräumt.

Diese Aktion war zwei Tage zuvor mit der GRF abgestimmt worden. Unter Bruch der Abmachung, die Faschisten draußen vor dem Eingang abzuwehren, zogen die GRF-Anhänger plötzlich zwei Stunden vor Beginn der geplanten Faschistenversammlung in die Kneipe hinein. Durch dieses Vorgehen wurden die Faschistenführer, die in der Kneipe saßen, frühzeitig gewarnt und konnten sofort die Polizei holen. Erst durch erneute Verhandlungen am Ort, bei denen das spalterische Vorgehen der GRF-Führer kritisiert wurde, konnte noch ein einigermaßen einheitliches Auftreten erreicht werden.

WESTBERLIN

Ab Mitte März arbeitet in Moabit (Westberlin-Tiergarten) eine neue Stadtteilzelle der ROTEN GARDE. Im vorigen Jahr bereits war die Arbeit der ROTEN GARDE in Moabit durch die Stadtteilzelle der RG im Wedding aufgenommen. Zwei rote Erzieher, die in einem Jugendfreizeitheim arbeiteten, erstellten zusammen mit den Jugendlichen dort eine Wandzeitung zum Roten Antikriegstag. Sie sollten daraufhin entlassen werden. Der Kampf der ROTEN GARDE und der Jugendlichen konnte zwar die Entlassung nicht verhindern, aber durch diesen Kampf und durch zahlreiche Kontakte zu den proletarischen Jugendlichen im Kietz hat die neue Zelle der ROTEN GARDE gute Voraussetzungen für ihre Arbeit unter den Jugendlichen geschaffen. Sie hat beschlossen, eine Leserrunde für Jugendliche aufzubauen.

BERICHTIGUNG

Im Roten Morgen Nr. 12 schrieben wir unter der Überschrift „Antikommunistische Hetze der GRF-Führer", daß GRF-Kandidat zu den Wahlen in Westberlin, Kunzelmann, im Jahre 1968 Briefe an Mitglieder der illegalen KPD mit der Aufschrift „An die KPD-Sau . . ." verschickte. Diese Briefe wurden nicht 1968, sondern bereits 1967 verschickt.

ROTER MORGEN

HERAUSGEBER: ZK DER KPD/ML

Verlag G. Schubert, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Bestellungen an Vertrieb: 46 Dortmund 30, Postf. 30 05 26. Pschkto. Dortmund Nr. 417 06–466; Bankkonto Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 393 (Verlag G. Schubert). Tel.: 0231 / 41 13 50. Verantwortlicher Redakteur: Gernot Schubert, Bochum. Druck: NAV GmbH, 1 Westberlin 36, Erscheinungsweise wöchentlich samstags, Einzelpreis: 50 Pfennig. Abonnement 30 DM für ein Jahr. Das Abonnement ist für ein Jahr im voraus durch Überweisung an eines unserer obengenannten Konten zu zahlen. Abonnements verlängern sich automatisch, wenn sie nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt werden. Ausgenommen davon sind Geschenkabonnements.

Fortsetzung von Seite 1

unter Oberhoheit des US-Imperialismus stehenden NATO gegenüber.

Von der Rivalität der beiden Supermächte, den USA und der Sowjetunion im Kampf um die Weltherrschaft geht heute die Hauptgefahr für den Ausbruch eines neuen Weltkrieges aus. Zwischen ihnen ist ein heftiger Kampf entbrannt um die Eroberung von Rohstoffquellen, Ölressourcen und Einflußsphären im Mittleren Osten, im Persischen Golf und auf dem südasiatischen Subkontinent. Da für den Imperialismus gerade das Bestreben charakteristisch ist, nicht nur agrarische, sondern sogar höchst entwickelte Industriegebiete zu annektieren, ist Europa, das Herzland des Kapitalismus, zu einem strategischen Schwerpunkt im Ringen zwischen den USA und der Sowjetunion geworden. Hier haben sie große wirtschaftliche Interessen und sind direkt konfrontiert. Beide setzen alles daran, ihre Positionen zu konsolidieren und versuchen, den jeweils anderen Teil Europas in ihren Machtbereich einzubeziehen. Es liegt doch klar auf der Hand, wenn es z. B. dem sowjetischen Sozialimperialismus gelingt, Westeuropa mit seinem enormen Wirtschaftspotential und seinen über 200 Millionen Menschen unter seine Kontrolle zu bringen, hat er auf dem Wege zur Weltherrschaft gegenüber der amerikanischen Supermacht einen entscheidenden Vorteil errungen.

Der sowjetische Sozialimperialismus-Hauptfeind der Völker

Wie hieß es in der vom ZK unserer Partei im Dezember 1973 verabschiedeten Erklärung „Deutschland dem deutschen Volk"?: „In der gegenwärtigen internationalen Lage, die von der stürmischen Entfaltung der Kämpfe der Länder um Unabhängigkeit, der Nationen für Befreiung und der Völker für Revolution gekennzeichnet ist, ist es Aufgabe der deutschen Arbeiterklasse, des deutschen Volkes, sich aktiv einzureihen in die Front der gegen das Hegemoniestreben der zwei Supermächte kämpfenden Völker der Welt, wobei es gilt, die Widersprüche im imperialistischen Lager auszunutzen und zu verschärfen."

Das aber heißt, daß wir als Marxisten-Leninisten die Entwicklung der Rivalität der zwei Supermächte aufmerksam studieren, um zu bestimmen, welche der beiden die Hauptgefahr darstellt, damit wir ihr mit der größten Wachsamkeit begegnen. Wie wir wissen, kann es im Kampf der imperialistischen Mächte auf die Dauer kein Gleichgewicht geben. Die eine von ihnen ist aufstrebend, während sich die andere im Niedergang befindet. Schaut man sich die Entwicklung der letzten Jahre an, so kann man feststellen, daß während der US-Imperialismus zunehmend Schläge einsteckt, der Sozialimperialismus im Vormarsch ist. Genosse Tjiao Guanhua sagte dazu auf der 29. Tagung der UNO-Vollversammlung: *„Was das sogenannte Gleichgewicht anbelangt, so ist dies in der Natur wie in der menschlichen Gesellschaft seit jeher relativ und zeitweilig, während das Ungleichgewicht absolut und konstant ist. Tatsächlich besteht heute zwischen den beiden Supermächten faktisch kein ‚Gleichgewicht der Kräfte', sondern versucht die eine Seite mit aller Kraft die andere Seite einzuholen und zu überwältigen, und ein beispiellos heftiges Wettrüsten geht vor sich. Es ist nicht verwunderlich, daß jene sich für ‚sozialistisch' ausgebende Supermacht vor kurzem arrogant prahlte, sie sei ‚an der ganzen Front der globalen Konfrontation' in einer sogenannten ‚historischen Offensive', und ihr Schritt beim Vorrücken sei ‚rapide'."* War noch bis vor wenigen Jahren im Weltmaßstab der USA-Imperialismus der Hauptfeind der Völker, so ist es heute der sowjetische Sozialimperialismus, was nicht heißt, daß der USA-Imperialismus auch nur ein Minimum seines aggressiven, menschen- und völkerfeindlichen Wesens eingebüßt hätte, daß er nicht dort, wo er – wie z. B. in Lateinamerika – mit den Völkern direkt konfrontiert ist, für diese der zeitweilige Hauptfeind ist. Warum kann man sagen, daß heute im Weltmaßstab der sowjetische Sozialimperialismus der Hauptfeind der Völker ist?

1.) Als Marxisten-Leninisten wissen wir, daß es stets die jungen aufstrebenden imperialistischen Mächte sind, die sich durch eine besondere Aggressivität auszeichnen. So war es der deutsche Imperialismus, der, bei der kolonialen Aufteilung der Welt zu kurz gekommen, den ersten und zweiten Weltkrieg entfesselte. Im Gegensatz zum US-Imperialismus, der den Höhepunkt seiner Machtentfaltung bereits überschritten hat, ist die Sowjetunion eine junge aufstrebende imperialistische Macht. Sie spielt die Rolle eines Motors, stärkt sich auf Kosten des US-Imperialismus, der im Abstieg begriffen versucht, mit allen Mitteln seine Stellung zu halten, was ihn nicht hindert, der sowjetischen Supermacht Schläge zu versetzen.

2.) Die Sowjetunion von heute ist eine Diktatur nach der Art Hitlers, die ihren staatsmonopolistischen Herrschaftsapparat auf die völlige Militarisierung und Kriegsvorbereitung abgestellt hat. Trotz niedrigerem Bruttosozialprodukt ist ihre Militärmacht der des US-Imperialismus gleichwertig, wenn nicht überlegen, wobei nicht die Defensivsondern die Offensivwaffen den Schwerpunkt ihres Rüstungsprogramms bilden, was ihren aggressiven Charakter beweist.

3.) Wie Hitlerdeutschland als Vorbereitung zum zweiten Weltkrieg Österreich, das Sudetenland, die Tschechoslowakei seiner Herrschaft unterwarf, haben die sowjetischen Sozialimperialisten die revisionistischen Länder Osteuropas und die Mongolei völlig ihrer imperialistischen Herrschaft unterworfen, ihre frühere „begrenzte Souveränität" in eine völlige Abhängigkeit und Versklavung verwandelt, fielen sie wie Hitler mit Waffengewalt in die Tschechoslowakei ein, verübten sie Provokationen an der Grenze zur Volksrepublik China und haben dort große Truppenkontingente zusammengezogen. Auch in anderen Weltgebieten wie Indien, Bangla Desh, Sikkim, im Indischen Ozean, im Japanischen Meer, im Nahen Osten, in vielen anderen asiatischen und afrikanischen Ländern treiben sie ihre subversive Tätigkeit, ihre territoriale, politische, ökonomische und militärische Expansion weiter voran. Ihr Hauptstoß aber zielt auf Westeuropa, das sie vom Süden über ihre Kriegsflotte im Mittelmeer und im Norden von ihrer Flottenbasis auf der Halbinsel Kola, der größten der Welt, über ihre Flotte im Nordatlantik, in der Norwegischen- und der Barentssee zu umklammern trachten. Gleichzeitig massieren sie ihre Truppen entlang den Westgrenzen der Länder des Warschauer Paktes.

4.) Wie Hitlerdeutschland durch seine 5. Kolonne im Ausland versuchte, die Verteidigungsbereitschaft der Staaten zu unterhöhlen, handeln auch die sowjetischen Sozialimperialisten. Sind die revisionistischen Parteien der imperialistischen Länder Westeuropas einerseits Agenturen der Monopolbourgeoisie ihrer Staaten im Lager der Arbeiterklasse, so sind sie andererseits Agenturen, die 5. Kolonne der sowjetischen Sozialimperialisten mit dem Auftrag, die Völker einzuschläfern und gegenüber einem sowjetischen Angriff wehrlos zu machen oder aber, wie sich jetzt in Portugal zeigt, sie direkt der sowjetischen Kontrolle auszuliefern. Hier spielen sie offen die Rolle einer sozialfaschistischen Agentur der Neuen Zaren im Kreml, in deren Auftrag und mit deren massiver Unterstützung sie handeln und versuchen, die bisherige amerikanische Vorherrschaft zu unterlaufen, statt der faschistischen eine sozialfaschistische Diktatur zu errichten und das Land in einen Stützpunkt des sowjetischen Sozialimperialismus zu verwandeln. Hier zeigt sich klar, daß der sowjetische Sozialimperialismus der Hauptfeind der europäischen Völker ist.

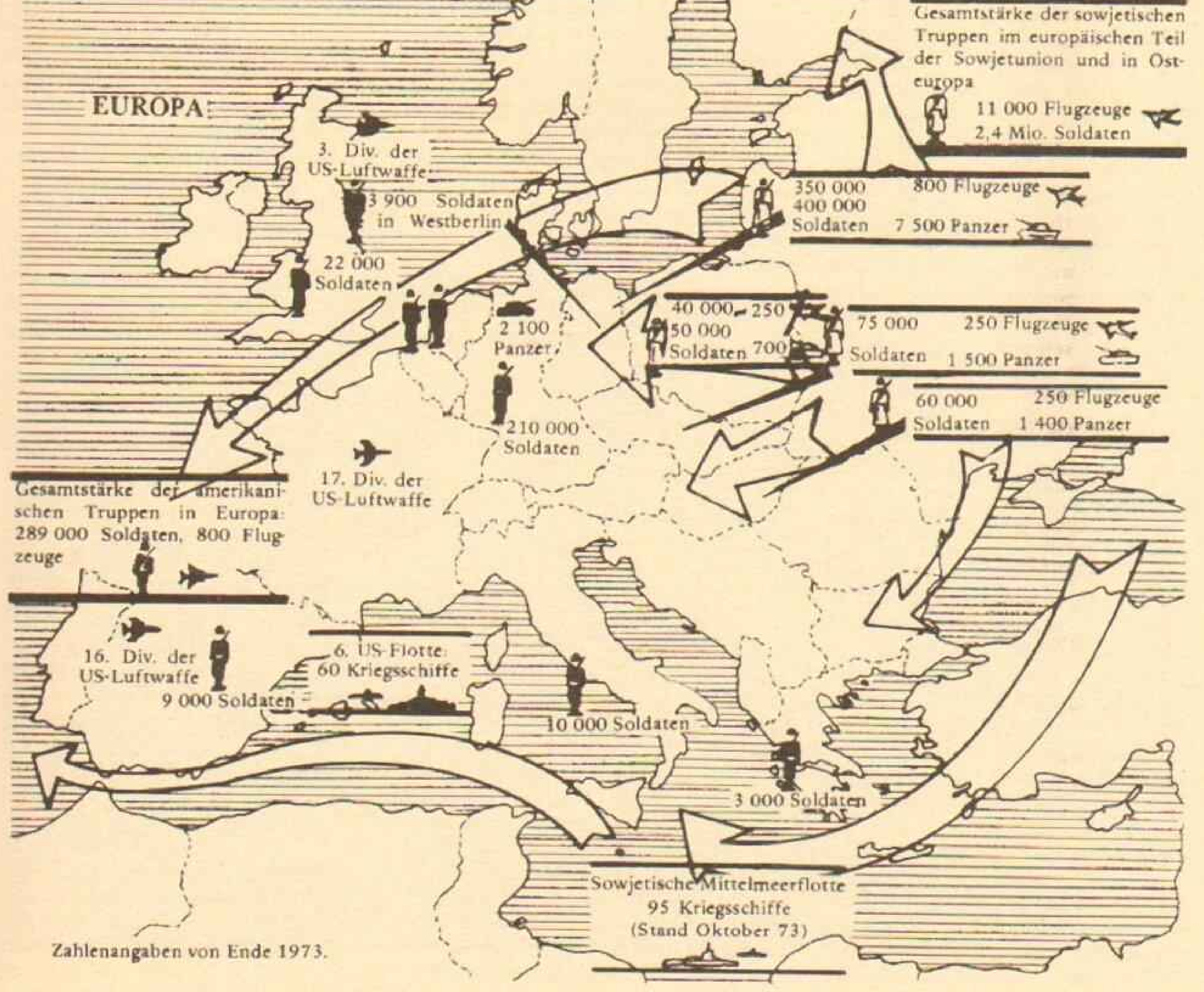
Um die Völker einzuschläfern und gegenüber einem sowjetischen Angriff wehrlos zu machen, haben sich die modernen Revisionisten eine Reihe antimarxistischer, antileninistischer Thesen zurechtgelegt.

So leugnen sie, daß der Imperialismus die Quelle der modernen Kriege ist. Sie beschönigen sein aggressives Wesen und leugnen die Gesetzmäßigkeit seiner Entwicklung. Sie teilen die Exponenten des Imperialismus in „friedliche" wie Brandt und Kennedy und „böse", wie z. B. F.J. Strauß ein, die sie mit allen möglichen Attributen wie revanchistisch, kriegslüsternd, entspannungsfeindlich usw. belegen. Wobei diese Einschätzung davon abhängt, wie weit diese den Wünschen und Absichten der Neuen Zaren im Kreml entgegenkommen.

Schon Lenin widerlegte diese Absurdität, indem er sagte: *„Die Imperialisten teilen die Welt nicht etwa aus besonderer Bosheit unter sich auf, sie streben in Konkurrenz zueinander nicht nach Hegemonie, nach Weltherrschaft, weil sie unvernünftig und bösartig sind, sondern weil die erreichte Stufe der Kapitalkonzentration sie zwingt, diesen Weg zu beschreiten, um Profit zu erzielen."*

Ausgehend von ihrer These vom friedlichen Imperialismus leugnen sie, daß das Volk die Triebkraft der historischen Entwicklung, der Schöpfer der Geschichte ist. Idealistisch behaupten sie, die Veränderung in der internationalen Lage und das Schicksal der Menschheit werde von den „führenden Persönlichkeiten" einiger Großmächte, womit sie die Herren im Kreml und im Weißen Haus meinen, bestimmt. Sie bezeichnen die zeitweilige Zusammenarbeit zwischen den zwei Supermächten, ihre angeblichen Abrüstungsabkommen, als „Wendepunkt in der Geschichte der Menschheit", propagieren „Frieden, Sicherheit und Entspannung" als die Haupttendenz in den internationalen Beziehungen und werfen der Volksrepublik China, wie vor kurzem in der „Prawda", vor, sie arbeite auf „eine Entzweiung der beiden ‚Supermächte' Sowjetunion und USA hin". Sie wolle sie in einen Atomkrieg treiben in der Hoffnung, als Führungsmacht übrigzubleiben.

Was letztere Behauptung anbetrifft, so ist sie genau so blödsinnig, als wolle man Seismologen, also Erdbebenforschern, die aufgrund von Forschungen und Berechnungen die Wahrscheinlichkeit eines Erdbebens in diesem oder jenem Gebiet voraussagen und die Menschen auffordern, Vorbereitungen dagegen zu treffen, vorwerfen, sie seien Schuld, wenn das Erdbeben tatsächlich ausbräche, sie wollten die Menschen in das Erdbeben treiben.



„Tatsächlich besteht heute zwischen den beiden Supermächten faktisch kein ‚Gleichgewicht der Kräfte', sondern versucht die eine Seite mit aller Kraft die andere Seite einzuholen und zu überwältigen, und ein beispiellos heftiges Wettrüsten geht vor sich."

Hinter dem Lügengebäude von "Frieden und Entspannung" eine aggressive, unersättliche, imperialistische Supermacht

Um über den wahren Charakter ihrer aggressiven Absichten unter dem Deckmantel von Frieden und Entspannung hinwegzutäuschen, haben die sowjetischen Sozialimperialisten vorgeschlagen, eine „Europäische Sicherheitskonferenz" wie auch eine „Konferenz für den Truppenabbau in Mitteleuropa" einzuberufen. **Zur gleichen Zeit aber rüsten sie wie verrückt. Streben sie im Wettstreit mit dem US-Imperialismus nach nuklearer Überlegenheit. Stärken sie ihre Militärmacht und die Offensivwaffen ihrer konventionellen Streitkräfte, indem sie Panzer, Flugzeuge und lenkbare Raketen alten Typs durch neue ersetzen, wobei sie die alten einmotten, um sie als Einsatzreserve zu behalten.** Durch häufige Truppenbewegungen und riesige Militärmanöver schufen sie ein Spannungsfeld auf dem Balkan, üben sie offenen Druck auf gewisse Länder aus und scheuen nicht vor einer Einmischung durch ihre Agenten, wie vor wenigen Monaten in Jugoslawien, zurück. **Ihre ganze Militärkonzeption geht von einem angenommenen Schlachtfeld Westeuropa aus, dessen erstes Opfer die Bundesrepublik würde.**

Das alles zeigt, daß die Sowjetunion eine unersättliche imperialistische Supermacht ist, die nicht nur die revisionistischen Staaten Osteuropas, einen Teil unserer deutschen Nation ihrer unerbittlichen Militärherrschaft unterwarf, sondern die darüber hinaus ihre gierigen Krallen nach Westeuropa ausstreckt, die die Interessen, das Selbstbestimmungsrecht und die gerechten nationalen Belange der westeuropäischen Länder bedroht.

Mit ihrer Konferenz für „Frieden und Abrüstung" möchten sie und ihre revisionistischen Agenturen die europäischen Völker dazu bringen, sich in einem falschen Gefühl der Sicherheit zu wiegen, wollen sie ihre aggressiven Intrigen verschleiern und sich ein Forum für die Einmischung in die westeuropäischen Angelegenheiten schaffen. Ihr Geschwätz von Abrüstung soll dazu dienen, die Staaten zu veranlassen, ihre Militärausgaben einzuschränken, während sie selbst ihre relative militärische Überlegenheit behalten,

und den Völkern zu verbieten, die Waffen in die Hand zu nehmen.

Sie verfolgen die gleiche Taktik wie die Hitlerfaschisten. Auch Hitler sprach ständig vom Frieden, den zu erhalten ihm als alten Frontsoldaten, der die Schrecken des Krieges kenne, „Herzensangelegenheit" sei. Doch gleichzeitig trieb er, wie heute die Sozialimperialisten, beschleunigt die Aufrüstung voran. Auf der Konferenz von München erklärte er scheinheilig, daß er nun keine territorialen Ansprüche mehr habe und ließ den letzten Parteitag der Nazipartei vor Ausbruch des Krieges unter dem Motto „Parteitag des Friedens" abhalten. Wie Hitler sich als Beschützer des Abendlandes gegenüber der „Drohung des Bolschewismus" den Monopolkapitalisten des Westens anbot, so bieten sich ihnen heute die Neuen Zaren als Beschützer gegen das angeblich „aggressive China" an. So wie Hitler die sozialistische Sowjetunion, so hassen die Herren im Kreml heute das sozialistische China wie die Pest. Dennoch richtete er, d. h. der deutsche Imperialismus, seinen ersten Angriff gegen den Westen in der Hoffnung durch einen Sieg sich Rückenfreiheit und wirtschaftliche Stärke für den späteren Angriff auf die Sowjetunion Stalins zu verschaffen. Daß die Sache nicht klappte, steht auf einem anderen Blatt.

Keine Illusionen über den aggressiven, faschistischen Charakter des sowjetischen Sozialimperialismus

Freunde, Kollegen, Genossen, **wir dürfen uns keiner, auch nicht der geringsten Illusion über den aggressiven, faschistischen Charakter des sowjetischen Sozialimperialismus hingeben!** Jede Fehleinschätzung könnte für jeden von uns tödlich sein. Oder meint Ihr, die Neuen Zaren im Kreml wären menschlicher als die Hitlerfaschisten, die jeden sowjetischen Kommissar, dessen sie habhaft werden konnten, an die Wand stellten. Sie würden im Falle einer Besetzung Westdeutschlands jeden Marxisten-Leninisten, dessen sie habhaft würden, ermorden. Sie würden jeden klassenbewußten Arbeiter, der sich ihrer kapitalistischen Diktatur widersetzt, einsperren oder umbringen, wie dies schon heute in Polen geschieht, wo die polnischen Revisionisten die Führer des großen Werft- und Hafenarbeiterstreiks von Ende 1970 durch gekaufte Killer meucheln ließen.

Nein, jeder Krieg zwischen den zwei Supermächten, sollte er ausbrechen und die Bundesrepublik in ihn hineingezogen werden, wäre für uns deutsche Werktätige von Anfang an ein antifaschistischer, antiimperialistischer Befreiungskampf, in dem wir uns mit jedem verbünden, der bereit ist, mit uns gemeinsam jeden Angreifer, jeden Besatzer vom Boden unserer Heimat zu verjagen, den wir führen mit dem Ziel, jeden Imperialismus, auch den westdeutschen, zu zerschlagen und das Banner der sozialistischen Revolution über ganz Deutschland zu hissen!

Aber, so könnten nun manche, die sich Marxisten-Leninisten nennen, die Welt aber nur fragmentarisch aus Büchern kennen, sagen, widerspricht das nicht den Thesen Lenins, dem Marxismus, daß die Arbeiter kein Vaterland haben, das sie verteidigen müßten und daß sie den imperialistischen Krieg dazu ausnützen müßten, die Gewehre gegen die eigene Bourgeoisie zu richten?

Nun, als Marxisten-Leninisten wissen wir, daß die Kraft der marxistisch-leninistischen Theorie darin besteht, daß sie der Partei die Möglichkeit gibt, sich in der jeweiligen Situation zu orientieren, den inneren Zusammenhang der rings um sie vor sich gehenden Ereignisse zu verstehen, den Gang der Ereignisse vorauszusehen, und zu erkennen, nicht nur wie und wohin sich die Ereignisse gegenwärtig entwickeln, sondern auch wie und wohin sie sich künftig entwickeln müssen. **Wissen wir, daß es notwendig ist, daß die Partei die Losungen und Direktiven, ihre Strategie und Taktik nicht aufgrund eingelernter Formeln, sondern als Ergebnis einer sorgfältigen Analyse der konkreten Bedingungen der revolutionären Bewegung im Lande und im internationalen Maßstab ausarbeiten muß.**



Nicht anders als die faschistischen Hitlertruppen gehen die sowjetischen Sozialimperialisten 1968 in Prag mit faschistischem Terror gegen die Bevölkerung vor.



Mit brutaler Gewalt gelingt es den sowjetischen Sozialimperialisten, den Widerstandskampf des tschechoslowakischen Volkes gegen die sozialimperialistische Unterdrückerherrschaft mit ihren Panzern niederzuwalzen. Aber das vergossene Blut der gefallenen Patrioten wird den Widerstandskampf des tschechoslowakischen Volkes noch erbitterter werden lassen, den Haß auf die Neuen Zaren im Kreml noch tiefer in die Herzen des Volkes einbrennen.

Der Charakter eines Krieges muß vom Standpunkt der proletarischen Revolution beurteilt werden

Wie wir wissen, ist es ein objektives Gesetz, daß im Zeitalter des Imperialismus Kriege absolut unvermeidlich sind, wissen wir, daß es gerechte und ungerechte Kriege gibt. Was die ungerechten Kriege betrifft, die die Imperialisten und Sozialimperialisten anzetteln, so handelt es sich hier um Aggressionskriege oder um Kriege zur Neuaufteilung der Welt in Einflußsphären. Ihr Ziel ist es, die Vorherrschaft der einen Supermacht aufrecht zu erhalten oder die der anderen zu stürzen. Die gerechten Kriege, die die Völker um ihre nationale Befreiung und gegen die imperialistische Aggression führen, oder auch die revolutionären Bürgerkriege, haben als politisches Ziel, eine Herrschaft zu errichten, wo die ganze Macht oder Teile der Macht in den Händen des revolutionären Volkes und nicht in denen seiner Feinde liegt. Wir Kommunisten sind gegen alle ungerechten Kriege, nicht aber gegen gerechte Kriege. Was letztere betrifft, sind wir nicht nur nicht gegen sie, sondern wir unterstützen sie bzw. nehmen aktiv an ihnen teil.

Was nun die Frage der Vaterlandsverteidigung betrifft, hören wir, was Lenin zunächst über die Zeit der Bildung der Nationalstaaten, vor dem Imperialismus, dazu sagt: ***„Marx und Engels haben im ‚Kommunistischen Manifest' gesagt, daß die Arbeiter kein Vaterland haben. Aber derselbe Marx hat mehr als einmal zum nationalen Krieg aufgerufen: Marx im Jahre 1848, Engels im Jahre 1859 (am Ende seiner Broschüre ‚Po und Rhein', wo direkt das Nationalgefühl der Deutschen entfacht wird, wo sie direkt zum nationalen Krieg aufgerufen werden), Engels erkannte 1891 angesichts des damals drohenden und heranrükkenden Krieges Frankreichs (Boulanger) + Alexanders III. gegen Deutschland ausdrücklich die ‚Vaterlandsverteidigung' an. – Waren Marx und Engels Wirrköpfe, die heute dies sagten und morgen etwas anderes? Nein. Meiner Meinung nach entspricht die Anerkennung der ‚Vaterlandsverteidigung' im nationalen Krieg durchaus dem Marxismus."*** (Lenin Bd. 35, S. 228)

An anderer Stelle teilt Lenin den Krieg in drei Haupttypen ein: *„I. . . .: das Verhältnis der unterdrückten Nation zur unterdrükkenden (jeder Krieg ist eine Fortsetzung der Politik; die Politik ist das Verhältnis zwischen den Nationen, Klassen usw.). Nach der allgemeinen Regel ist der Krieg gerechtfertigt von seiten der unterdrückten Nation (einerlei, ob es sich um einen Verteidigungs- oder einen Angriffskrieg im militärischen Sinne handelt).*

II. Das Verhältnis zwischen zwei Unterdrückernationen. Kampf um Kolonien, um Märkte usw. (Rom und Karthago, England und Deutschland 1914 – 1917). Nach der allgemeinen Regel ist ein Krieg solcher Art von beiden Seiten Raub; und das Verhältnis der Demokratie (und des Sozialismus) zu ihm fällt unter die Regel ‚Zwei Diebe schlagen sich, mögen sie beide umkommen'....

III. Dritter Typus. Ein System gleichberechtigter Nationen. Diese Frage ist ***weit komplizierter!!!!*** *Besonders, wenn neben den zivilisierten verhältnismäßig demokratischen Nationen der Zarismus steht. So war es (ungefähr) in Europa von 1815 bis zum Jahre 1905.*

Das Jahr 1891. Die Kolonialpolitik Frankreichs und Deutschlands ist unbedeutend. Italien, Japan, die Vereinigten Staaten besitzen überhaupt keine Kolonien (jetzt besitzen sie welche). In Westeuropa hat sich ein System herausgebildet . . ., ein System von Staaten, die im allgemeinen konstitutionelle, nationale Staaten sind. Neben ihnen der mächtige, unerschütterte, vorrevolutionäre Zarismus, der jahrhunderte lang alle ausplünderte und unterdrückte, der die Revolution von 1849 und 1863 niederschlug.

Deutschland (1891) ist ein Land des fortgeschrittenen Sozialismus. Und diesem Land droht der Zarismus im Bunde mit dem Boulangerismus! – Die Situation ist ganz und gar nicht dieselbe wie in den Jahren 1914 – 1917, wo der Zarismus durch das Jahr 1905 erschüttert ist, während Deutschland einen Krieg um die Weltherrschaft führt. ***Eine ganz andere Sache!!*** (Lenin Bd. 35, S. 249 f).

Wer ist es nun heute, der sich anschickt, einen Krieg um die Weltherrschaft zu führen? Westdeutschland, Japan, Frankreich, England? Nein, es sind die zwei imperialistischen Supermächte, die Sowjetunion und die USA, die sich anschicken, die Welt in ein neues Blutbad zu stürzen. Sie sind die zweifellos größten internationalen Unterdrücker und Ausbeuter unserer Zeit. Sie haben ihre Truppen in zahlreichen Ländern stationiert und mischen sich erpresserisch in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten ein. Was unterscheidet z. B. die heutigen Herren im Kreml, die über die Länder Osteuropas und die Mongolei eine totale militärische und politische Diktatur errichtet haben und jeden Widerstand wie im Falle der CSSR brutal unterdrücken, denn noch von den alten Zaren, die nach Lenin *„jahrhundertelang alle ausplünderten und unterdrückten"*? Doch nichts, außer, daß sie und ihre revisionistischen Agenten, um die Völker zu täuschen, sich Kommunisten nennen.

Aber sind die kleineren Staaten wie die Bundesrepublik, England, Frankreich usw. nicht auch imperialistische Staaten, die andere Völker ausbeuten und versuchen, am Kampf um Märkte, Einflußzonen und Rohstoffe teilzunehmen? Sicher sind sie das, doch was ihre Stärke gegenüber den Supermächten betrifft, so gleicht sie der von Belgien und Holland vor dem 2. Weltkrieg gegenüber dem deutschen Faschismus. Wir müssen die Dinge in der Relation sehen. Welche Parallelen bzw. Ähnlichkeiten ergeben sich heute z. B. gegenüber der Situation bei Ausbruch des 2. Weltkriegs? Wie heute die zwei imperialistischen Supermächte, standen sich damals im Kampf um die Weltherrschaft die Mächtegruppen Deutschland-Italien und Frankreich-England gegenüber, wobei die Form der kapitalistischen Diktatur bei der einen der Faschismus, bei der anderen die bürgerlich-parlamenta-

rische Demokratie war, was zunächst jedoch nichts am imperialistischen Charakter des Krieges änderte. Das heißt, für die deutsch-italienische wie für die französisch-englische Arbeiterklasse und ihre revolutionäre Partei hieß die Losung „Zwei Diebe schlagen sich, mögen sie beide umkommen"!

Ganz anders dagegen stellte sich die Situation in Ländern wie Norwegen, Holland, Jugoslawien u. a., ganz zu schweigen in Albanien dar, das schon vorher vom italienischen Imperialismus überfallen worden war. Wie sollten sich dort die Kommunisten verhalten? Auch dazu hat Lenin zum I. Weltkrieg etwas gesagt, das eine Parallele erlaubt:

„Die ‚Vaterlandsverteidigung' seitens der Schweiz sowohl in dem jetzigen imperialistischen Kriege als auch in den kommenden neuen imperialistischen Kriegen ist nichts anderes als bürgerlicher Betrug am Volke, weil die Teilnahme der Schweiz an diesem Kriege sowie auch an anderen ähnlichen Kriegen in Wirklichkeit eine Teilnahme an einem räuberischen und völlig reaktionären Kriege im Bunde mit einer der imperialistischen Koalitionen wäre, aber ganz und gar nicht ein Krieg um die ‚Freiheit', um ‚die Demokratie', und um die ‚Unabhängigkeit usw." (Lenin Bd. 23, S. 136).

War aber die Situation der Länder Belgien, Holland, Dänemark, Norwegen, Jugoslawien, Griechenland im II. Weltkrieg analog, also gleichzusetzen mit der Lage der Schweiz im I. Weltkrieg? Keinesfalls. Die Regierungen dieser Länder, bürgerlich-parlamentarische Demokratien, hatten nicht die Absicht, im Bunde mit einer imperialistischen Koalition am Krieg teilzunehmen. Sie wurden vom Hitlerfaschismus ohne Vorwarnung blitzartig überfallen und besetzt. Damit ergab sich für das Proletariat dieser Länder und ihre kommunistischen Parteien von Anfang an die Notwendigkeit des antifaschistischen Befreiungskampfes nach dem von Lenin bezeichneten Typ I. Und die Marxisten-Leninisten dieser Länder standen auch im Partisanenkampf an vorderster Front.

Für das Proletariat und die kommunistischen Parteien der Länder Frankreich und England änderte sich die Lage mit dem Überfall Hitlerdeutschlands auf die Sowjetunion, das damalige Hauptbollwerk der Weltrevolution. Damit änderte sich die Qualität des Krieges. Jetzt galt es für das Weltproletariat die Verteidigung des ersten sozialistischen Landes der Welt, des Vaterlandes aller Werktätigen. Unter diesen Bedingungen war es für die Kommunisten Frankreichs und Englands nötig, ein zeitweiliges Bündnis mit den einheimischen Imperialisten einzugehen, verbunden mit dem Ziel, sich an die Spitze des Kampfes zu setzen, um nach dem Sieg der Zerschlagung des Hitlerfaschismus, die Waffen zum gegebenen Zeitpunkt gegen die eigene Bourgeoisie zu richten und nicht wie der Revisionist Thorez sie gegen ein paar Ministersessel einzutauschen.

Nun aber wieder zur heutigen Lage. Was, wenn ein imperialistischer Weltkrieg zwischen den zwei Supermächten ausbricht, in den unser Land hineingezogen wird? Ihr kennt die Argumente der Verräter der I. Internationale im I. Weltkrieg, die das Proletariat der imperialistischen Länder zur Vaterlandsverteidigung aufriefen. Lenin antwortete ihnen:

„Ein Sozialist, ein revolutionärer Proletarier, ein Internationalist argumentiert anders: Der Charakter eines Krieges (ob er ein reaktionärer oder ein revolutionärer Krieg ist) hängt nicht davon ab, wer der Angreifer ist und in wessen Land der ‚Feind' steht, sondern davon, welche Klasse den Krieg führt, welche Politik durch diesen Krieg fortgesetzt wird. (. . .) Nicht vom Standpunkt ‚meines' Landes darf ich urteilen (denn so urteilt ein kläglicher Dummkopf, ein nationalistischer Spießer, der nicht versteht, daß er ein Spielzeug in den Händen der imperialistischen Bourgeoisie ist), sondern vom Standpunkt meiner Teilnahme an der Vorbereitung, der Propagierung, der Beschleunigung der proletarischen Weltrevolution." (Lenin, Bd. 28, S. 287).

Also vom Standpunkt der Beschleunigung der proletarischen Weltrevolution, müssen wir urteilen. Wo sind heute im Weltmaßstab die entscheidenden Kräfte, die sie, die das Rad der Geschichte vorantreiben, welches sind die Hauptkräfte, die sich ihr entgegenstemmen?



Der Volksrepublik China, dem Bollwerk der Weltrevolution, unter dessen Führung sich die Völker der Welt im Kampf gegen die beiden Supermächte immer fester zusammenschließen, gilt der ganze Haß der sowjetischen Sozialimperialisten, die sich in ihren aggressiven Aktivitäten und Absichten immer wieder bloßgestellt sehen. Doch die VR China ist gegen jeden Angriff der sowjetischen Sozialimperialisten gerüstet. Die Aufnahme zeigt, wie sich chinesische Grenzwachen und -bewohner empört um einen beschädigten sowjetischen Panzer versammeln, mit dem Truppen der Sozialimperialisten die chinesische Insel Dschenbao 1969 überfielen.

Die Haupttendenz der heutigen Weltentwicklung ist die Revolution und der Sieg des Sozialismus

Die gegenwärtige internationale Lage ist gekennzeichnet durch einen Aufschwung der revolutionären Bewegung: Staaten wollen Unabhängigkeit, Nationen wollen Befreiung, Völker wollen Revolution. Wie nie zuvor haben sich auf weltweiter Ebene so große Gegensätze und Widersprüche entwickelt. Auf der einen Seite der Barrikade stehen die Kräfte des Imperialismus, des Revisionismus und der Reaktion, auf der anderen die Kräfte des Sozialismus, die Front der Völker, mit der internationalen Arbeiterklasse an der Spitze. Die Trennungslinie zwischen ihnen tritt auf allen Gebieten immer klarer hervor.

Die Zuspitzung der gesellschaftlichen Gegensätze und das pausenlose Wachsen und Erstarken des revolutionären Kampfes der Völker, das die imperialistische, die kapitalistische und revisionistische Welt, in ihren Grundfesten erschüttert, vertiefen zunehmend die allgemeine allseitige Krise des Kapitalismus und lassen sie überall sichtbar werden. **Die gegenwärtige internationale Situation zeigt, daß diese sich nicht nur zugunsten der Revolution entwickelt, sondern auch, daß die Revolution zur allgemeinen Zielrichtung der Völker wird.**

Das Erwachen und Erstarken der Dritten Welt ist ein bedeutendes Ereignis in den internationalen Beziehungen unserer Zeit. Es zeigt, daß sich die ehemals kolonialen und abhängigen Länder aus Reserven der proletarischen Revolution zu Zentren des antiimperialistischen Kampfes entwickelten. Die Dritte Welt schließt sich im Kampf gegen die Hegemoniebestrebungen und die Machtpolitik der Supermächte noch enger zusammen und spielt eine wachsende Rolle in den internationalen Angelegenheiten.

Unter dem mächtigen Anstoß der revolutionären Stürme in Asien, Afrika und Lateinamerika erfahren auch in den kapitalistischen Ländern die Kämpfe der Arbeiterbewegung und anderer revolutionärer Massenbewegungen einen wachsenden Aufschwung. Besonders dort, wo der Imperialismus die gesellschaftlichen Widersprüche aufs äußerste zugespitzt hat, wie in den USA, in Westeuropa und Japan, entwickelt sich der revolutionäre Klassenkampf des Proletariats auf breitester Basis und strebt unaufhaltsam der sozialistischen Revolution zu. Zunehmend entfaltet sich auch der militante politische Kampf der Arbeiter in der sozialimperialistischen Sowjetunion und den von ihr abhängigen Ländern des revisionistischen „Blocks" gegen die Diktatur der dortigen neuen Bourgeoisie und für die Wiedererrichtung der Diktatur des Proletariats.

Um die heutige weltgeschichtliche Lage zu beschreiben, hat der chinesische Vizepremierminister Teng Siao Ping das Bild der drei Welten gewählt und gezeigt, daß heute die Dritte Welt die bewegende, die treibende Kraft ist, die das Rad der Geschichte vorantreibt und die Welt voranschreiten läßt. Dagegen ist die Erste Welt, die gebildet wird vom amerikanischen Imperialismus und vom sowjetischen Sozialimperialismus, die Hauptstütze jener Kräfte, die sich dem Fortschritt der Geschichte entgegenstemmen. Was nun die Zweite kapitalistische und imperialistische Welt betrifft, die sich zusammensetzt aus den industrialisierten Ländern Westeuropas, Japan, Kanada und anderen Gebieten der Welt, so ist ihr Standpunkt heute recht zwiespältig. Einerseits widersetzen sie sich der Hegemoniepolitik, der Einmischung und Erpressung der beiden Supermächte, andererseits widersetzen sie sich zugleich auch, als Folge ihres kapitalistischen und imperialistischen Systems, der Dritten Welt. Das widerspiegelt sich in der zögernden, inkonsequenten Haltung der Regierungen dieser Länder angesichts den Ansprüchen der Supermächte und in ihren Versuchen, ihren Einfluß in der Dritten Welt auszudehnen. Auf diese Weise zwischen zwei Feuer gestellt, ist die Zweite Welt nicht in der Lage, den Ländern der Dritten Welt ihre Forderungen zu diktieren, sondern sie sieht sich gezwungen, von Mal zu Mal mit diesen Ländern zu verhandeln, was für das Monopolkapital dieser Länder im Augenblick das „geringere Übel" ist. Doch heißt das, daß der Weg, dem die Zweite kapitalistische Welt folgt, vorgezeichnet ist und sich nicht ändern kann?

Sicherlich nicht. Innerhalb der Politik der westeuropäischen Monopolbourgeoisie gibt es z. B. zur Zeit zwei Strömungen, die natürlich nicht immer klar auszumachen sind, mal stärker mal schwächer in Erscheinung treten, wechseln wie die Regierungen. Die eine, die nach mehr Unabhängigkeit und Selbständigkeit strebt, die sich aus ihrer Umklammerung lösen möchte, die versucht, die Einigung Westeuropas voranzutreiben und in Konkurrenz zu den zwei Supermächten ihre Beziehungen zur Dritten Welt zu verbessern. Am stärksten trat diese Strömung in Frankreich in Erscheinung, als es versuchte, sich mit der force du frappe eine eigene Atomstreitmacht zu schaffen und seine Mitgliedschaft in der NATO aufkündigte.



Der Kampf der Völker Indochinas hat die Völker der Welt gelehrt: „Das Volk eines kleinen Landes kann, wenn es Mut hat, sich zum Kampf zu erheben und zu den Waffen zu greifen, und die Geschicke seines Landes in die Hand nimmt, bestimmt die Aggression einer Großmacht vereiteln." Diese Feststellung Mao Tsetungs vom 20. Mai 1970 bestätigt sich heute vollauf: Kambodscha steht kurz vor der Befreiung und in Vietnam erringt das Volk immer größere Siege im Kampf gegen die US-Imperialisten und ihre Marionette Thieu, die aufs schändlichste das Pariser Abkommen gebrochen haben.

Welche Rolle spielt der westdeutsche Imperialismus gegenüber den beiden Supermächten?

Die andere Strömung dagegen versucht, im Windschatten der Supermächte segelnd, an deren Kampf um die Neuaufteilung der Welt teilzunehmen, ihre Widersprüche untereinander für sich auszunutzen und sich mehr oder minder auf die eine oder die andere Supermacht zu stützen. Ein Hauptexponent dieser Richtung ist der westdeutsche Imperialismus. Fast zwei Jahrzehnte hatte er sich, um seinen Wiederaufstieg zu sichern, voll auf die amerikanische Supermacht gestützt. Nachdem die Sowjetunion kapitalistisch entartet und der sowjetische Sozialimperialismus die Weltarena betreten hatte, streckte er zunehmend seine Fühler nach Moskau aus. Dazu bediente er sich der SPD/FDP-Regierung mit ihrer sogenannten „neuen Ostpolitik". Diese Politik im Schacher mit den sowjetischen Sozialimperialisten wertete den DBR-Imperialismus zu einer politisch entscheidenden Macht in Europa auf, ohne daß die Forderungen der Völker Europas, die gegen die Hitler-Aggression gekämpft hatten, zur Lösung der deutschen Frage erfüllt worden wären. Hatte der US-Imperialismus den westdeutschen Imperialismus ökonomisch und militärisch aufgepäppelt, ihn aber gleichzeitig seiner politischen Kontrolle unterworfen, so verdankt der westdeutsche Imperialismus seine politische Stärkung den Sozialimperialisten. Während der westdeutsche Imperialismus durch diese Politik zunehmend als selbständige politische Macht auftreten kann und durch Kollaborieren und Rivalisieren mit den beiden Supermächten die Führung in Europa erstrebt, wurde durch diese Politik umgekehrt der indirekte und direkte Einfluß der Sozialimperialisten in Westeuropa verstärkt. Mit der „neuen Ostpolitik" versucht der westdeutsche Imperialismus, seine alten revanchistischen Ziele weiterzuverfolgen, wobei ihm die sowjetischen Sozialimperialisten scheinbar ent-

gegenkommen. **In Wirklichkeit aber wollen sie die Widersprüche zwischen dem westdeutschen Imperialismus und dem US-Imperialismus verschärfen, weil sie so hoffen, günstigere Bedingungen für ihr weiteres Eindringen in Westeuropa zu schaffen. Wollen sie durch wirtschaftliche Kooperation und verstärkte Energie- und Rohstoffversorgung Westdeutschland und andere westeuropäische Länder von sich abhängig machen. Streben sie über die sozialdemokratischen Parteien und Gewerkschaften, über ihre revisionistischen Agenturen eine „Finnlandisierung", eine Abhängigmachung Westeuropas an.**

Können wir, westdeutsche und Westberliner Marxisten-Leninisten, uns gegenüber diesem Hegemoniestreben der sowjetischen Supermacht gleichgültig verhalten? Können wir sagen, welche Strömung innerhalb der westdeutschen, der westeuropäischen Monopolbourgeoisie die Oberhand gewinnt ist uns egal, schließlich sind beide Ausbeuter und Imperialisten? **Nein, das können wir nicht, denn das hieße, nicht über die Kirchturmspitze des eigenen Landes hinauszuschauen, das hieße vergessen, was Lenin sagte,** ***„nicht vom Standpunkt ‚meines' Landes darf ich urteilen, (. . .) sondern vom Standpunkt der Beschleunigung der proletarischen Weltrevolution"***, das hieße vergessen, was Stalin uns lehrte:

„Früher pflegte man an die Analyse der Voraussetzung der proletarischen Revolution vom Standpunkt des ökonomischen Zustandes dieses oder jenes einzelnen Landes heranzugehen. Jetzt ist diese Art des Herangehens bereits unzulänglich. Jetzt muß man diese Frage vom Standpunkt des ökonomischen Zustandes aller Länder oder ihrer Mehrheit, vom Standpunkt des Zustandes der Weltwirtschaft herangehen. (. . .) Früher war es üblich, von der proletarischen Revolution in diesem oder jenem entwickelten Lande als von einer einzelnen, sich selbst genügenden Größe zu sprechen. (. . .) Jetzt ist dieser Standpunkt bereits unzulänglich. Jetzt muß man von der proletarischen Weltrevolution sprechen . . ." (Grundlagen des Leninismus).

Was aber beschleunigt die Weltrevolution? **Daß wir am proletarischen Internationalismus festhalten, daß wir den Freiheitskampf der unterdrückten Völker und der unterjochten Nationen verstärkt unterstützen, daß wir uns mit allen Kräften der Welt, mit denen eine Vereinigung möglich ist, vereinigen, um gegen Kolonialismus, Imperialismus insbesondere gegen das Weltherrschaftsstreben der Supermächte zu kämpfen.**

Soweit werden die Linken in der Bundesrepublik, jene, die sich selbst Marxisten-Leninisten nennen, wohl mit uns einig sein. Aber da, wo es konkret wird, wo es sich darum handelt, aufgrund der konkreten Analyse der Weltsituation das Ziel des revolutionären Kampfes zu bestimmen, die Verteilung der Kräfte und die Taktik unseres Vorgehens festzulegen, die entsprechenden Forderungen aufzustellen, da kommen sie ins Schleudern. Da gelingt es ihnen nicht, sich von ihrem Dogmatismus und Sektierertum, von revisionistischen, von trotzkistischen Überbleibseln in ihrem Denken zu befreien, da ignorieren sie, die sonst in Worten das sozialistische China und Albanien preisen, deren konkrete Analyse der Weltlage und ihre Schlußfolgerungen daraus, da sagen sie beispielsweise: Die Außenpolitik der Volksrepublik China ist eine Sache, das, was wir als Kommunisten hier in Westdeutschland tun müssen, eine andere.

Das ist nur insofern richtig, daß, wenn die VR China auf der Grundlage der Fünf Prinzipien der Friedlichen Koexistenz beispielsweise Beziehungen zur Bundesrepublik aufnimmt, dies für uns nicht heißt, den Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung, gegen die westdeutsche Monopolbourgeoisie, den westdeutschen Imperialismus einzustellen. Daß, wenn der Genosse Vorsitzende Mao Tsetung F.J. Strauß empfängt, dies für uns nicht heißt anzunehmen, daß Strauß sich von einem antikommunistischen Saulus in einen prokommunistischen Paulus verwandelt habe, daß er nicht nach wie vor die Interessen der Monopolbourgeoisie vertritt. Nur wie er sie vertritt, da liegt der Hase im Pfeffer.

Gerade der Straußbesuch in der VR China und sein Empfang durch den Genossen Mao Tsetung haben hier bei uns in Westdeutschland und Westberlin innerhalb derer, die sich Marxisten-Leninisten nennen, beträchtliche Verwirrung ausgelöst und haben noch klarer die Geister geschieden. Verständlich, daß die modernen Revisionisten und ihre Ableger wie der „K"B-Nord – wie weiland die Trotzkisten beim Abschluß des Nichtangriffspaktes zwischen der Sowjetunion und Hitlerdeutschland und dem Empfang des Naziaußenministers Ribbentrop durch Stalin – in ein wüstes Geschrei und Geschimpfe ausbrachen, daß Organisationen wie der „K"BW sich mit der Ausrede, das sei halt eine Sache der Diplomatie der VR China, um eine Stellungnahme drückte. Doch wenn wir ganz selbstkritisch sind, gab es auch bei uns gewisse Schwankungen, wie sie sich in einigen Flugblättern u. a. ausdrückten. Nicht, daß etwa jemand den Empfang kritisiert hätte, nicht, daß es auch nur die geringsten Schwankungen im Vertrauen zur Politik der VR China gegeben hätte, nur das eben genügt nicht: **Man muß das Wesen dieser Politik begreifen.**

Was war es denn, was uns die Arbeiter fragten, was sie von uns wissen wollten? „Warum hat Mao den Strauß persönlich empfangen?" Und da genügt es eben nicht, die Korrektheit der Prinzipien der Außenpolitik Chinas zu erklären, die Thesen der Revisionisten vom sogenannten „Rechtskartell", dessen Hauptvertreter Strauß sein soll, zurückzuweisen, da hätte es auf eine klare Frage einer klaren Antwort bedurft. Nämlich die: Jawohl, es war richtig und wir begrüßen es, daß der Genosse Mao Tsetung den CSU-Vorsitzenden Strauß empfangen hat! Denn im Gegensatz zu den anderen Herren, die Peking besuchten, im Gegensatz zu den Exponenten der SPD/FDP, hat Strauß in China klipp und klar sich gegen das Vormachtstreben der zwei Supermächte, besonders gegen den sowjetischen Sozialimperialismus gewandt, ist er gegen die Entspannungsdemagogie und für eine Stärkung der Verteidigungsbereitschaft der westeuropäischen Staaten gegen den Sozialimperialismus eingetreten. Wie weit er diese Politik, sollte er im nächsten Jahr in die Regierung kommen, vertreten wird, ist eine andere Sache.

Das dies nicht so klar gesagt worden ist, hat seine Ursachen einmal in einem gewissen Zurückweichen vor den Angriffen der modernen Revisionisten. Man möchte sich nicht gern in die „rechte Ecke" drängen lassen, man scheut sich, mit Reaktionären wie Strauß auf eine Stufe gestellt zu werden. Dabei ist das absoluter Unsinn. Indem wir diesen oder jenen positiven Aspekt in der Politik einer Regierung oder einer Persönlichkeit des politischen Lebens anerkennen, heißt das noch lange nicht, daß wir ihre Politik insgesamt unterstützen oder etwa unseren Klassenstandpunkt aufgeben. Würde man diese Art revisionistische Logik überspitzen, hieße das: der westdeutsche Imperialismus ist für die Wiedervereinigung Deutschlands, wir sind für die Wiedervereinigung Deutschlands, also sind wir Handlanger der westdeutschen Imperialisten oder die Faschisten sagen, die Kuh hat vier Beine, wir sagen, die Kuh hat vier Beine, also sind wir Faschisten.

Die andere Ursache ist, daß sich einige Genossen nicht über das Wesen der Einheitsfront und das grundlegende Prinzip der kommunistischen Taktik im Klaren sind. Genosse Mao Tsetung formulierte es einmal so: ***„Die reaktionären Kräfte treten den demokratischen Kräften der Völker nach dem Grundsatz entgegen, unbedingt diejenigen zu vernichten, die sie vernichten können, und sich auf die spätere Vernichtung derjenigen vorzubereiten, die sie vorläufig nicht vernichten können. Angesichts dieser Situation müssen die demokratischen Kräfte der Völker den reaktionären Kräften der Völker gegenüber nach dem gleichen Grundsatz handeln."***

Das heißt also, im Gegensatz zu jenen, die in utopistischer Selbstüberschätzung alle Gegner möglichst auf einmal erledigen möchten, sich einen Gegner nach dem anderen vorzunehmen. Das heißt heute konkret eine Einheitsfront aller, die dazu bereit sind, im Kampf gegen die größten internationalen Unterdrücker, Ausbeuter und Kriegsbrandstifter, die zwei Supermächte, zu schaffen.

Die Führung in solch einer Einheitsfront aber können nur das Proletariat unter der Führung ihrer kommunistischen Parteien, im Weltmaßstab die sozialistischen Staaten wie China und Albanien haben. Das Proletariat, da es weiter sieht und weiter geht als alle anderen Klassen, da es die einzige Klasse ist, deren Ziel nicht die Aufhebung dieser oder jener Ausbeutung ist, sondern die Aufhebung jeglicher Unterdrückung und Ausbeutung.

Das Jahr 1974 hat den Völkern der Welt große Erfolge gebracht. Besonders die Dritte Welt ist auf dem Weg des Schutzes ihrer nationalen Ressourcen, Interessen und ihrer Einheit ein gutes Stück weitergekommen. Der Widerspruch zwischen der Dritten Welt und dem Imperialismus, vor allem den beiden Supermächten, hat sich weiter vertieft. Ebenso und vor allem, weil sie überall auf den Widerstand der Völker stoßen, hat sich die Rivalität zwischen den beiden Supermächten im Kampf um Einflußsphären und um Weltherrschaft noch mehr verschärft. **Das letzte Jahr mit den Auseinandersetzungen der beiden Supermächte im Mittelmeerraum, im Nahen Osten, im Indischen Ozean zeigt, wie akut die Gefahr für den Weltfrieden geworden ist, die durch die Rivalität der Supermächte hervorgerufen wird. Deshalb ist es unsere Pflicht als proletarische Revolutionäre, unsere Anstrengungen zu verdoppeln, um die breiten Volksmassen aufzuklären und zu mobilisieren, angesichts der Gefahr, die ihnen durch das Hegemoniestreben der zwei Supermächte droht.**

Diskutieren wir heute mit den Kollegen in den Betrieben, so stellen wir fest, daß ihnen durch die Krise mit all ihren Folgen das System der kapitalistischen Ausbeutung immer klarer wird, auch wenn sie in ihrer großen Mehrheit die Notwendigkeit des revolutionären Auswegs noch nicht erkannt haben. Spricht man sie aber auf die Gefahr der Möglichkeit des Ausbruchs eines III. Weltkriegs an, so stoßen wir vor allem bei den jungen Kollegen weitgehend noch auf völliges Unverständnis. 30 Jahre relativen Friedens in unserem Land, die revisionistische Propaganda, Pazifismus und das Friedensgeschwafel der SPD sind nicht ohne Wirkung geblieben und haben die Wehrbereitschaft des Volkes im Kampf um seine Klassen- und nationalen Interessen unterhöhlt.

Für eine breite Einheitsfront gegen die beiden Supermächte!



„Stärkt die weltweite antiimperialistische Front, besonders gegen die beiden Supermächte, den USA-Imperialismus und den sowjetischen Sozialimperialismus." Die KPD/ML kämpft für die Einheit unseres Volkes gegen beide Supermächte.

Freunde, Kollegen, Genossen, ich zitierte anfangs den Genossen Tschou En-lai, seinen Satz, in dem er sagte: Das heftige Ringen der Supermächte muß eines Tages zum Weltkrieg führen. ***„Die Völker aller Länder müssen sich darauf vorbereiten."*** Darauf vorbereiten, was heißt das für uns?

Das bedeutet für uns in erster **Linie, im Weltmaßstab die Eingliederung in die breite Einheitsfront des Kampfes gegen den Imperialismus und alle Weltherrschaftspläne, im europäischen Maßstab die Stärkung der Einheit und Solidarität der europäischen Völker, und im Inneren unseres Landes die Organisierung einer breiten Einheitsfront, die unter der ideologischen und politischen Führung der revolutionären Partei der Arbeiterklasse alle Klassen, Schichten, Parteien, Organisationen und Individuen zusammenschließt, die im Widerspruch zu den beiden Supermächten stehen, im Widerspruch zur Monopolbourgeoisie und anderen reaktionären Kräften, die die Interessen der Nation verraten.**

Ja, aber alle? Höre ich schon einige Genossen sagen. Da gibt es z. B. einige kleinere nationalistisch beeinflußte Gruppen, die von sich behaupten, auch gegen die zwei Supermächte zu sein. Können wir denn auch mit denen . . .? Natürlich können wir! Nur müssen wir ihnen dabei die Gretchenfrage stellen: wie aber ist eure Haltung „zur Monopolbourgeoisie und anderen reaktionären Kräften, die die Interessen der Nation verraten"?

„Krieg führen zum Sturz der internationalen Bourgeoisie", sagt Lenin, ***„einen Krieg, der hundertmal schwieriger, langwieriger, komplizierter ist als der hartnäckigste der gewöhnlichen Kriege zwischen Staaten, und dabei im voraus auf Lavieren, auf die Ausnutzung der (wenn auch zeitweiligen) Interessengegensätze zwischen den Feinden, auf Verständigungen und Kompromisse mit möglichen (wenn auch zeitweiligen, unbeständigen, schwankenden, bedingten) Verbündeten verzichten – ist das nicht eine über alle Maßen lächerliche Sache?"*** (Lenin, zit. nach Stalin, Grundlagen des Leninismus, Peking 1965, S. 108).

Aber heißt das, daß ein zeitweiliges Bündnis mit Teilen der nichtmonopolistischen Bourgeoisie oder einzelnen ihrer Vertreter möglich wäre? Sicher heißt es das, aber nur wenn diese oder einzelne ihrer Vertreter gegen die zwei Supermächte sind. Wohlgemerkt gegen die zwei und nicht nur gegen eine. **Denn wir können uns nicht auf die eine Supermacht stützen, um die andere zu schlagen. Das hieße den Teufel mit dem Beelzebub austreiben, das hieße sich von einer Abhängigkeit in die andere begeben, das hieße der einen gegenüber der anderen zur Weltherrschaft zu verhelfen.**

Ich möchte es einmal am Beispiel der Politik unserer Partei Ende der vierziger, Anfang der fünfziger Jahre erklären. Damals gab es die „Nationale Front des demokratischen Deutschlands", die NF, die im Kampf gegen das Vormachtsstreben des USA-Imperialismus und seiner westdeutschen Lakaien entstanden war, als antiimperialistische Befreiungsbewegung aller deutschen Patrioten. Ihr Ziel war: ein dauerhafter Friede, die Herstellung der Einheit Deutschlands auf dem Wege des Abschlusses eines gerechten Friedensvertrages und der Abzug aller Besatzungstruppen innerhalb einer festgesetzten Frist. In dieser Front gab es auch nicht wenige Vertreter der nationalen, nichtmonopolistischen Bourgeoisie. Z. B. kleine Unternehmer und Fabrikanten, denen infolge der Spaltung Deutschlands ihre Absatzgebiete im anderen Teil Deutschlands verloren gegangen waren, oder ehemalige Offiziere, selbstverständlich viele kleinbürgerliche Kräfte, wie Bauern, Fischer, Intellektuelle, die ein echtes Interesse an der Herstellung der Einheit Deutschlands entsprechend den Zielen der NF hatten.

Diese Einheitsfrontpolitik fand ihren Niederschlag auch in der Präambel des Statuts der KPD, in der es hieß: „Die Partei verwirklicht die führende Rolle der Arbeiterklasse durch die Herstellung des Bündnisses der Arbeiterklasse mit den werktätigen Bauern und der fortschrittlichen Intelligenz sowie den anderen Mittelschichten **und unter be-**

stimmten Bedingungen, in bestimmten Phasen des Kampfes mit Teilen der nationalen Bourgeoisie, die im US-Imperialismus ebenfalls ihren Hauptfeind sieht." Analog dazu müßte es heute heißen: „. . . und unter bestimmten Bedingungen, in bestimmten Phasen des Kampfes mit Teilen der nichtmonopolistischen Bourgeoisie, **die in den nach Weltherrschaft strebenden imperialistischen Supermächten, den USA und der Sowjetunion, ebenfalls ihre Hauptfeinde sehen.**"

Nur wissen wir, daß die Entwicklung weitergegangen ist. Die westdeutsche Monopolbourgeoisie, der westdeutsche Imperialismus, der damals noch relativ schwach war, ist inzwischen wiedererstarkt. Der Teil der „Selbständigen", der Handwerker und Kleingewerbetreibenden usw. ist in der Bundesrepublik, schneller als in anderen westeuropäischen Ländern, wo ihr Anteil auch heute noch höher ist, rapide von 1951 – 30,2% auf 1971 – 16,5% einschließlich jedes noch existierenden kleinen Gemüsehändlers und Taxifahrers zurückgegangen. Die Mehrheit davon gehört zum Kleinbürgertum. Das heißt, daß der Teil der nichtmonopolistischen Bourgeoisie, den wir eventuell in die Einheitsfront einbeziehen könnten, beträchtlich kleiner geworden ist wobei hinzukommt, daß er zum Teil so eng mit der Monopolbourgeoisie verwoben, von ihr direkt abhängig ist, daß er sich kaum zu eigenem Handeln durchringen wird.

Die deutsche Monopolbourgeoisie hat die nationalen Interessen verraten

Was aber den westdeutschen Imperialismus betrifft, so wird er sich aller Voraussicht nach auch weiterhin auf die eine oder die andere Supermacht stützen, um so in ihrem Windschatten an der Ausbeutung der Völker teilzunehmen; wird er auch weiterhin – obwohl er in Worten oft anders spricht – den Zusammenschluß der westeuropäischen Staaten gegen die Supermächte sabotieren, um sich den Supermächten als kleiner Gendarm in Europa anzubieten; wird er, sollte es zu einem Krieg zwischen den Supermächten kommen, die Interessen der Nation verraten, sich auf die eine oder die andere Seite schlagen, werden seine Vertreter, sollte es z. B. zur Besetzung Westdeutschlands durch sowjetische Truppen kommen, schleunigst das Weite suchen und kapitulieren oder mit ihnen kollaborieren.



Als im Mai 1973 der Führer der sowjetischen Sozialimperialisten, Breschnew, nach Bonn kam, um durch Verhandlungen und Abkommen Westdeutschland enger an die sowjetische Supermacht zu binden, gingen die Polizeitruppen der westdeutschen Imperialisten mit brutaler Gewalt gegen tausende Demonstranten vor, die unter der Führung der KPD/ML diesem Besuch entschieden entgegentraten und die Absichten des sowjetischen Sozialimperialismus entlarvten.

Dessen ungeachtet werden wir natürlich Widersprüche innerhalb der westdeutschen Monopolbourgeoisie, sollten sie sich ergeben, ausnutzen. Doch wie wir bereits in der ZK-Erklärung unserer Partei zur nationalen Frage schrieben und bewiesen, **ist im imperialistischen Stadium des Kapitalismus die Bourgeoisie nicht mehr in der Lage, die Nation zu führen. Nicht nur, daß sie nicht mehr in der Lage ist, die Produktivkräfte der Nation zu entfalten und ihr ein wirtschaftliches Aufblühen zu sichern, daß sie die fortschrittlichen nationalen, patriotischen und kulturellen Traditionen der Nation verrät, sie ist auch nicht mehr bereit, die Unabhängigkeit der Nation zu verteidigen.** Der Genosse Stalin sagte dazu:

„Früher galt die Bourgeoisie als das Haupt der Nation, sie trat für die Rechte und die Unabhängigkeit der Nation ein und stellte sie ‚über alles'. Jetzt ist vom ‚nationalen Prinzip' auch nicht eine Spur geblieben. Jetzt verkauft die Bourgeoisie die Rechte und die Unabhängigkeit der Nation für Dollars. Das Banner der nationalen Unabhängigkeit und der nationalen Souveränität ist über Bord geworfen. Ohne Zweifel werden Sie, die Vertreter der kommunistischen und demokratischen Parteien, dieses Banner erheben und vorantragen müssen, wenn sie Patrioten Ihres Landes sein, wenn Sie die führende Kraft der Nation werden wollen. Es gibt sonst niemand, der es erheben könnte." (Stalin Bd. 17, S. 189 f).

Heute, nach der kapitalistischen Entartung der Sowjetunion, könnte man hinzufügen, verkauft die Bourgeoisie die Rechte und Unabhängigkeit der Nation nicht nur für Dollar, sondern auch für Rubel. Aber, so könnte man fragen, besitzt der westdeutsche Imperialismus nicht eine starke Armee, beweist das nicht, daß er sich auf einen Krieg zur Verteidigung Westdeutschlands vorbereitet? Das beweist es keineswegs. Was die militärische Stärke dieser Armee in ihrem Verhältnis zu einer der Supermächte betrifft, so ist sie äußerst gering und steht ungefähr in einem Verhältnis wie die Hollands zur Hitlerwehrmacht im II. Weltkrieg. Im Falle eines massiven sowjetischen Angriffs würde sie keine Woche standhalten, denn sie ist eine imperialistische Armee, deren ihr von der Bourgeoisie gestellter Auftrag ist:

a) der Schutz, die Verteidigung des Besitzes der Kapitalisten, die Aufrechterhaltung ihres Systems der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen,
b) die Unterdrückung des eigenen Volkes im Falle eines revolutionären Aufstandes,
c) als Aggressionsinstrument im Falle eines imperialistischen Krieges zu dienen.

Aber niemals, in keinem Falle, ist sie ein Instrument zur Verteidigung der nationalen Rechte, der Unabhängigkeit unseres Volkes. **Diese Aufgabe, die Führung und die Verteidigung der Nation, fällt heute – bereits vor der Periode des Sozialismus – der Arbeiterklasse und ihrer revolutionären Vorhutpartei zu. Diese Aufgabe steht durchaus nicht im Widerspruch zu den besonderen Klasseninteressen und Klassenaufgaben des Proletariats; im Gegenteil, die Erfüllung ihrer nationalen Aufgabe erleichtert ihr die Lösung der Klassenaufgabe, die Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates in der sozialistischen Revolution.**

Was aber heißt für uns Führung der Nation, angesichts der großen Gefahr, im Falle eines Krieges zwischen den zwei Supermächten in diesen hineingezogen zu werden? **Das heißt einmal und vor allem, wie ich schon sagte, die Schaffung einer breiten Einheitsfront all jener, die im Widerspruch zu den beiden Supermächten – und wenn wir es im Zusammenhang mit der nationalen Frage, der Spaltung unseres Vaterlandes sehen – ihrer westdeutschen Bündnispartner und ostdeutschen Lakaien stehen. Das heißt: Abzug aller fremden Truppen aus ganz Deutschland, Austritt beider deutscher Staaten einerseits aus dem Warschauer Pakt, andererseits aus der Nato. Das heißt: verstärkte Unterstützung unserer Klassenbrüder und -schwestern in der DDR, sich vom Joch des sowjetischen Sozialimperialismus zu befreien.**

Den Schutz unseres Volkes kann nur das Volk selbst übernehmen

Wie wenig es der westdeutschen Monopolbourgeoisie um die Verteidigung, den Schutz des Volkes im Falle eines Krieges, eines Atomkrieges geht, zeigt sich daran, daß sie zwar einerseits eine Armee unterhält und aufrüstet, aber dort, wo es um den direkten Schutz des Volkes geht, nicht das geringste tut. Wie auf dem Präsentierteller wäre die westdeutsche Bevölkerung den Atomschlägen der Supermächte ausgesetzt. Sie, die Herren der Monopolbourgeoisie und ihre Regierungsvertreter, haben ihre atomsicheren Bunker z. B. in der Eifel oder im Garten, ihre Düsenjets stehen im Falle eines Falles aufgetankt zum Abflug bereit. Was aber aus der westdeutschen Bevölkerung wird, kümmert sie – gelinde gesagt – einen Dreck.

Oder wozu haben sie z. B. ihre neuen Waffengesetze eingeführt, die es dem Volk unmöglich machen, sich auf legale Weise zu bewaffnen? Weil sie Angst haben. Mehr Angst vor dem eigenen Volk als vor dem Angriff durch einen äußeren Gegner. Wie schnell die Bourgeoisie zu kapitulieren und mit dem Gegner zu kollaborieren bereit ist, haben wir im letzten Weltkrieg z. B. in Frankreich gesehen.

Nein, die Verteidigung unserer Heimat, den Schutz unseres Volkes vor einer Versklavung durch eine der beiden Supermächte kann keine imperialistische Armee, sondern nur das Volk selbst übernehmen. Deshalb muß das Proletariat schon heute seine Bewaffnung und allseitige militärische Ausbildung betreiben. Deshalb fordert unsere Partei die allgemeine Volksbewaffnung und strebt, im Gegensatz zu einer imperialistischen Berufsarmee, im Kampf die Schaffung einer Volksarmee an. Nur sie bietet die Gewähr dafür, im Falle eines Überfalls durch z.B. die sowjetischen Sozialimperialisten, in einem Volkskrieg die Aggressoren vom Boden Deutschlands zu vertreiben, um dann die Gewehre gegen unsere Ausbeuter und Unterdrücker, die Verräter an den nationalen Interessen unseres Volkes zu richten.

Unser Kampf muß aber vor allem darum gehen, daß es erst gar nicht zu einem Angriff, zu einem Krieg kommt, in den wir auf der einen oder anderen Seite hineingezogen werden. Das aber können wir nur, **wenn sich nicht nur in der Bundesrepublik, sondern in ganz Westeuropa eine Einheitsfront gegen das Hegemoniestreben der zwei Supermächte bildet.** Wie sagte der Genosse Tschou En-lai auf seiner Rede vor dem Volkskongreß? „***Wir unterstützen die Staaten und Völker der Zweiten Welt in ihrem Kampf gegen Kontrolle, Bedrohung und Schikane durch die Supermächte. Wir unterstützen es, daß sich die westeuropäischen Staaten in diesem Kampf vereinigen.***"



Nordhorn 1973: Die Bevölkerung kämpft für die Aufhebung des Nato-Bombenabwurfplatzes Nordhorn-Range. Vor den wütenden Angriffen der Bevölkerung verschanzten sich die ausländischen Truppen hinter den Polizeieinheiten des westdeutschen Imperialismus.

Für die Einheit der Völker Westeuropas im Kampf gegen die beiden Supermächte!

Wie sagte Genosse Enver Hoxha in seiner Rede am 3.10.1974? : „Wir achten die Völker und die Regierungen, die sich nicht dem Diktat und den Wünschen der beiden Supermächte beugen und eine unabhängige und souveräne Politik betreiben."

Wie steht es in dieser Hinsicht mit der EG, der europäischen Gemeinschaft, dieses Zusammenschlusses, bzw. dieser Zusammenarbeit der westeuropäischen Monopole und ihrer Regierungen? Einerseits treibt dieser Zusammenschluß auf wirtschaftlichem, politischem und militärischem Gebiet die Einheit Europas voran, und wir haben nichts dagegen, weil das Proletariat, die Völker Westeuropas diese Entwicklung im Sinne der Notwendigkeit des revolutionären Kampfes zum Sturz der herrschenden Klasse in der proletarischen Revolution ausnutzen können. Richtet sich dieser Zusammenschluß gegen das Hegemoniestreben der Supermächte für die Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit der Völker Europas, so sind wir dafür und unterstützen ihn. Denn es ist klar, daß ein vereintes Westeuropa mit seinen über 200 Millionen Menschen stärker ist als ein einzelnes, gegen die Vorherrschaft der Supermächte kämpfendes Land.

Andererseits aber, und dagegen richtet sich unser Kampf, ist der Zusammenschluß der westeuropäischen Monopole gegen das westeuropäische Proletariat und die anderen werktätigen Schichten, wie z.B. die Bauern, gerichtet. Und es gibt auch in der EG das Streben, sich im Kampf, der Rivalität der beiden Supermächte, mit der einen oder der anderen Seite zu arrangieren und an der Ausbeutung der Völker der Dritten Welt teilzunehmen.



Unter dem Zeichen der Einheit der Völker Europas und ihrer marxistisch-leninistischen Parteien im Kampf gegen die beiden Supermächte versammelten sich am 16. März, dem 104. Jahrestag der Pariser Kommune in Paris mehrere tausend Menschen zu einer grossen internationalen Demonstration mit anschließendem Massenmeeting. An der Spitze der Demonstration marschierten die Vertreter von neun marxistisch-leninistischen Parteien Westeuropas, unter ihnen Genosse Ernst Aust, Vorsitzender der KPD/ML.



Doch machen wir uns keine Illusionen. Wie die deutsche Monopolbourgeoisie, ist auch das europäische Monopolkapital schwankend gegenüber den Supermächten, sind seine Vertreter und Repräsentanten vom Volk isoliert und fürchten es, wird es letztendlich in völligem Verrat an der Sache der nationalen Unabhängigkeit der Völker Europas enden.

Deshalb kann ein mächtiges und

starkes Westeuropa gegenüber den beiden Supermächte nur durch die revolutionären Parteien des Proletariats errichtet werden, die die Volksmassen mobilisieren. Nur durch die marxistisch-leninistischen Parteien, deren Einheit geschmiedet wurde durch ihre gemeinsame Treue zu den Prinzipien des Marxismus-Leninismus. Hierin liegt die Zukunft, und wenn es auch gegenwärtig so erscheint, als wenn die Repräsentanten des Monopolkapitals als die Einiger Europas auftreten, so sind es doch nicht sie, sondern die Völker, die diese Einheit wirklich verwirklichen werden.

Der Kampf für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland ist untrennbar verbunden mit dem Kampf gegen die beiden imperialistischen Supermächte!

Freunde, Kollegen, Genossen, laßt mich zum Abschluß noch einige Worte dazu sagen, in welchem Verhältnis die vorrangige Notwendigkeit unseres Kampfes gegen die wachsende Kriegsgefahr und die Herstellung einer breiten Einheitsfront gegen die zwei Supermächte zu den Klassenkämpfen in unserem Land und unserem Kampf für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland stehen. **Praktisch sind sie direkt miteinander verbunden und ergänzen einander. So wie die erfolgreiche Lösung der nationalen Frage untrennbar verbunden ist mit der allgemeinen Frage der sozialistischen Revolution, so ist es auch die Notwendigkeit des Kampfes gegen die zwei Supermächte. Praktisch, so muß man sagen, ist ohne den erfolgreichen Kampf gegen das Hegemoniestreben der Supermächte, besonders das des sowjetischen Sozialimperialismus und seine 5. Kolonne, eine siegreiche proletarische Revolution in unserem Lande nicht möglich.**

Wie wir zur Zeit sehen, entwickeln sich die erfolgreichen Kämpfe der Völker der Dritten Welt, ihr Kampf zur Erringung und Wahrung der nationalen Unabhängigkeit sowie zum Schutze ihrer staatlichen Souveränität und der nationalen Rohstoff- und Erwerbsquellen, ihr Kampf gegen das Vormachtsstreben und die Machtpolitik der zwei Supermächte zunehmend in die Tiefe und Breite. Hat infolge der Vertiefung der allgemeinen Krise der Klassenkampf des Proletariats und der anderen ausgebeuteten gesellschaftlichen Schichten — sowohl was die Zahl der Teilnehmer daran, als auch was seine Heftigkeit betrifft — derartige Ausmaße angenommen, daß die heutige Periode mit den kritischsten Perioden verglichen werden kann, welche die Bourgeoisie der kapitalistischen Länder je durchgemacht hat. Entsprechend hektisch reagiert die herrschende Klasse und treibt Ausbeutung, Unterdrückung und Faschisierung voran.

Zweifellos wird es auch in der Bundesrepublik — wie in den anderen westeuropäischen Staaten — früher oder später zu einer revolutionären Situation kommen. Zu einer Situation, in der die Massen in alter Weise nicht mehr leben wollen und die Herrschenden in alter Weise nicht mehr leben können, in der Not und Elend der unterdrückten Klassen sich über das gewöhnliche Maß hinaus verschärfen, so daß sie, die sich in „friedlichen" Epochen ruhig ausplündern lassen, zu selbständigem historischen Handeln gedrängt werden.

Als Marxisten-Leninisten wissen wir, daß eine Revolution ohne eine revolutionäre Situation unmöglich ist, wobei nicht jede revolutionäre Situation zur Revolution führt. **Wissen wir, daß der Sieg in der Revolution ohne die Führung der Massen durch die revolutionäre Partei des Proletariats mit einer wissenschaftlichen Strategie und Taktik, welche den Massen revolutionäre Perspektiven eröffnet und sie auf den richtigen Weg zur Erreichung ihrer Ziele orientiert, unmöglich ist.**

Darin aber liegt noch unser derzeitiger Mangel, in der Ausarbeitung der wissenschaftlichen Strategie und Taktik, die die Massen auf den richtigen Weg zum Ziel führt, **wobei man aber nicht nur ausgehen kann von den Gegebenheiten des eignen Landes, sondern die Perspektive der Weltrevolution als Ganzes sehen muß.** Manche Genossen machen es sich leicht. Ihnen genügt es offenbar, den Massen zu erklären, was Kapitalismus ist, wie sie ausgebeutet werden, daß sie sich nur durch die Revolution befreien können, und einige Tagesforderungen aufzustellen. Spricht man sie aber auf die Frage der wachsenden Kriegsgefahr durch das Hegemoniestreben der zwei Supermächte an, so antworten sie — wenn überhaupt — mit der Feststellung: **entweder wird der Krieg die Revolution hervorrufen oder die Revolution wird den Krieg verhindern.**

Nun ist das zweifellos richtig. Wie wir aus den Erfahrungen des I. und II. Weltkrieges wissen, ruft der Krieg die Revolution hervor. **Falls der Imperialismus stur einen solchen Krieg vom Zaune bricht, wird das unweigerlich in der ganzen Welt Revolution noch größeren Ausmaßes hervorrufen und seinen Untergang beschleunigen.** Wie aber steht es mit dem Teilsatz „oder die Revolution wird den Krieg verhindern"? Wird die Revolution allein in unserem Land die Gefahr eines Weltkrieges verhindern können? Sicherlich nicht. Auch nicht die Revolution in England, Frankreich und Westdeutschland vermag das — und nicht einmal die in einer der beiden Supermächte. Aber sie würde die Bedingungen für den Sieg der Weltrevolution wesentlich verbessern und die Bedingungen des Imperialismus und seiner aggressiven Kriegsabenteuer unbedingt verschlechtern, ihm noch schwerere Schläge versetzen, als heute bereits die Länder der Dritten Welt in ihrem Kampf gegen den Imperialismus und insbesondere gegen die beiden Supermächte es tun. Dann nämlich hätten wir wieder zusammen mit der VR China an der Spitze ein sozialistisches Weltlager, dessen Stärke die Weltrevolution noch mehr vorantreiben kann. Doch die Gefahr eines dritten Weltkrieges, ausgehend von den beiden um Vorherrschaft ringenden Supermächten, wird erst dann endgültig gebannt sein, wenn beide Supermächte vollständig geschlagen, wenn die sozialistische Revolution in den USA gesiegt hat, wenn die sowjetischen Sozialimperialisten gestürzt und die sowjetischen Völker wieder die Diktatur des Proletariats errichtet haben. Imperialismus bedeutet Krieg. Und wie Lenin sagt: *„Solange das Privateigentum an den Produktionsmitteln besteht, sind auf einer solchen wirtschaftlichen Grundlage imperialistische Kriege absolut unvermeidlich."* (Lenin, Werke Bd. 22)

Zum anderen aber werden — sollte die Revolution in unserem Lande dem imperialistischen Krieg zuvorkommen — mit absoluter Sicherheit beide Supermächte, die eine wie die andere, Himmel und Erde in Bewegung setzen, um den Sieg des Sozialismus in der Bundesrepublik zu verhindern. Das heißt, wir müssen — sollte es zu einer Revolution unter den eben genannten Bedingungen kommen — darauf vorbereitet sein, daß im Verlauf der Revolution das bewaffnete Proletariat, die werktätigen Massen nicht nur der eigenen Bourgeoisie, sondern den Truppen der imperialistischen Supermächte gegenüberstehen werden und sich aus der Revolution ein antiimperialistischer nationaler Befreiungskampf entwickeln würde.

So oder so, sei es um der proletarischen Revolution zum Sieg zu verhelfen, **sei es zu verhindern, daß die Bundesrepublik in einen Krieg der Supermächte hineingezogen und Schlachtfeld wird — was angesichts der wachsenden Rivalität zwischen ihnen die näherliegende Möglichkeit ist, als daß die Revolution in unserem Land dem Krieg zuvorkommt — wird im Kampf gegen das Hegemoniestreben der zwei Supermächte, besonders der Hinterlist, den Lügen und konterrevolutionären Machenschaften des Sozialimperialismus, die Schaffung einer breiten Einheitsfront auch in unserem Land sowie das Einreihen in die Einheitsfront auf westeuropäischer wie internationaler Ebene zu einer vorrangigen Notwendigkeit. Alles, was der Einheitsfront der Völker der Welt gegen die Supermächte schadet, muß bekämpft, alles, was die Einheitsfront stärkt, muß unterstützt werden.**

Das bedeutet keinesfalls Aufgabe des Klassenkampfes — wie die Trotzkisten behaupten — sondern die Unterordnung des nationalen Klassenkampfes unter den internationalen, das bedeutet keinesfalls Aufgabe der eigenen Revolution, sondern Unterordnung bzw. Einpassung dieser in den Rahmen der Weltrevolution. Deshalb bleibt es auch Aufgabe der Partei, unter den Massen die Notwendigkeit der heranreifenden Revolution zu propagieren, ihre Unvermeidbarkeit nachzuweisen, ihren Nutzen für das Volk klarzumachen, das Proletariat und die gesamten werktätigen und ausgebeuteten Massen auf sie ideologisch, politisch und militärisch vorzubereiten. **Wobei dem letzten Aspekt besondere Bedeutung zukommt. Denn so oder so, sei es in der Revolution, sei es im nationalen Befreiungskampf: die politische Macht kommt aus den Gewehrläufen.**

Genossinnen, Genossen, ich möchte nicht schließen, ohne ein Wort zur nationalen Frage zu sagen. Sie ist ein besonderes Problem, das wir neben der notwendigen Herstellung der Einheit der westeuropäischen Völker im Kampf gegen die Supermächte haben. **Auch sie ist unlösbar ohne den unerbittlichen Kampf, ohne die Herstellung einer breiten Einheitsfront gegen die imperialistischen Supermächte, die Deutschland besetzt und geteilt halten,** solange es der einen oder anderen nicht gelingt, den jeweils anderen Teil Deutschlands ihrem Machtbereich einzuverleiben. Das wir daran kein Interesse haben, ist klar. **Wir kämpfen für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland!**

Es gab eine Zeit, als die Genossen der SED unseren revolutionären Kampf hier in Westdeutschland gegen die amerikanischen Imperialisten und die ihnen hörige Adenauerregierung vorbehalt- und selbstlos unterstützten. So hieß es damals in einer Erklärung des ZK der SED zum *„Programm der nationalen Wiedervereinigung Deutschlands": „Getreu dem Beschluß der II. Parteikonferenz der SED, daß es Pflicht aller patriotischen Kräfte in der DDR ist, die brüderliche Solidarität mit der KPD zu stärken, damit sie ihre geschichtliche Aufgabe in den vordersten Reihen der nationalen Befreiungsbewegung in Westdeutschland erfüllen kann, rufen wir alle Patrioten, alle Deutschen guten Willens auf: Schreitet zum Zusammenschluß aller patriotischen und friedliebenden Kräfte, damit die Herrschaft der amerikanischen Okkupanten und ihrer deutschen Helfershelfer ihr Ende findet und der Weg zu einem einigen, demokratischen und unabhängigen Deutschland frei wird."*

Heute, Genossen, wo die DDR unter den Stiefeln der neuen Zaren im Kreml zertreten wird, wo sie längst zu einem Satelliten, zu einer Kolonie der sowjetischen Sozialimperialisten wurde, ist es nicht nur unsere proletarische, internationalistische, sondern auch brüderliche **Pflicht, genauso vorbehalt- und selbstlos wie die damals noch korrekte SED, den Kampf unserer Klassenbrüder, der Marxisten-Leninisten der DDR gegen die russischen Okkupanten und ihre deutschen Helfershelfer mit allen Mitteln zu unterstützen, damit der Weg frei wird zu einem einigen, unabhängigen, sozialistischen Deutschland!**

Freunde, Kollegen, Genossen, bei all dem hier Gesagtem, selbst angesichts der von der Rivalität der Supermächte ausgehenden Kriegsgefahr, dürfen wir eines nicht vergessen, daß nämlich nicht sie, die Supermächte, sondern die Völker der Welt es sind, die den Gang der Geschichte bestimmen. Die beiden Oberherren — die USA und die Sowjetunion — sind in ein Dilemma innerer und äußerer Schwierigkeiten geraten und haben es immer schwerer. Das, was sie wollen, ist eine Sache, ob sie es verwirklichen können, ist eine andere. Der Vorsitzende, Genosse Mao Tsetung, wies in seiner Erklärung vom 20. Mai 1970 darauf hin:

„Die Gefahr eines neuen Weltkrieges bleibt immer noch bestehen, und die Völker aller Länder müssen dagegen Vorbereitungen treffen. Aber die Haupttendenz in der heutigen Welt ist die Revolution."

Treffen wir die entsprechenden Vorbereitungen.



Vorwärts im Kampf für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland!

Es lebe der Kampf gegen die zwei Supermächte für die nationale Unabhängigkeit Deutschlands!

Es lebe die Einheit und Solidarität der europäischen Völker!

Es lebe die proletarische Revolution in beiden deutschen Staaten

Es lebe das vereinte, unabhängige, sozialistische Deutschland!

Vorwärts zur sozialistischen Weltrevolution!

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt euch!

Der Weg der Partei

Theoretisches Organ der KPD/Marxisten-Leninisten

DEUTSCHLAND DEM DEUTSCHEN VOLK!

Erklärung des ZK der KPD/ML zur nationalen Frage

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

Lohnraub und Arbeitshetze für Bremer Hafenarbeiter

„Wir brauchen Männer", hieß es bis vor einiger Zeit noch im Bremer Hafen. Mehrere hundert portugiesische Kollegen wurden angeheuert. Rund eintausend ruinierte Klein- und Mittelbauern kamen täglich in den Bremer Hafen, um dort ein oder zwei Schichten zu machen. Jetzt, wenige Wochen später, gehen täglich achthundert Kollegen stempeln. Die portugiesischen Kollegen wurden vor zwei Wochen nach Hause geschickt. Ihre Verträge sind ausgelaufen und werden nicht mehr erneuert. Und auch für die eintausend Klein- und Mittelbauern gibt es keine Arbeit mehr. Die Krise hat auch den Hafen erfaßt.

Eben hatten die Kapitalisten noch Tausende von Kollegen angeworben, um in der Hochkonjunktur das letzte aus ihnen herauszupressen, hatten sie die Kollegen unter Druck gesetzt, ohne Rücksicht auf ihre Gesundheit Doppelschichten und Überschichten zu machen – jetzt, in der Krise, werfen sie sie auf die Straße und verbieten Doppel- und Anschlußschichten. So drohte der Hafenbetriebsverein, die Vereinigung der Hafenkapitalisten, kürzlich in einem Rundschreiben allen Kollegen, die Doppel- oder Anschlußschichten annehmen, damit, ihnen die Garantieschichten zu streichen (eine bestimmte, garantierte Anzahl von Schichten, für die die Kollegen auch dann den vollen Lohn ausgezahlt bekommen, wenn keine Arbeit da ist). **Das ist nackte Erpressung. Die Hafenkapitalisten nutzen die Notlage der Kollegen schamlos aus, „bieten" ihnen Überstunden und Doppelschichten an, um die Rationalisierung voranzutreiben und noch mehr Kollegen auf die Straße werfen zu können. Andererseits erklären sie zynisch: Wenn ihr Überstunden und Doppelschichten macht, streichen wir euch die Garantieschichten und kürzen euch den Lohn.**

Es ist bezeichnend, daß die Hafenkapitalisten bei ihren Angriffen auf die Lebenslage der Arbeiter die volle Unterstützung des ÖTV-Apparates haben. Nicht nur, daß die ÖTV-Bonzen gerade erst den Lohnraubabschluß von 7% durchgesetzt haben, sie, die noch vor kurzem „im Interesse des Betriebes" keinen Finger gegen Überstunden und Doppelschichten gerührt haben, erklären jetzt demagogisch, daß sie „schon immer" gegen Anschluß- und Doppelschichten gewesen seien.

Diese Ausbeuter nutzen darüber hinaus die Krise aus, um die Arbeitshetze zu steigern und die Rationalisierung voranzutreiben. Durch die verschärfte Konkurrenz auf dem Frachtmarkt werden die Liegezeiten der Dampfer im Hafen immer kürzer. Sie müssen schneller gelöscht und beladen werden. Aber jetzt steht da, wo früher zwei Mann zum Anpicken (Schwerstarbeit, bei der die Lasten mit Handhaken transportiert werden) waren, nur noch einer. Jetzt müssen die Kranfahrer und Gabelstapler zusätzlich Säcke schleppen und die Lasten anpicken. Und während sie früher einen 13%igen Zuschlag zu ihrem Lohn bekamen, wird ihnen dieser nun gekürzt.

Lohnraub, verschärfte Arbeitshetze, noch größere Unfallgefahr, noch schnellerer Verschleiß der Gesundheit, Arbeitslosigkeit und verschärfte Unterdrückung, materielle Not für eine wachsende Zahl von Kollegen, Unsicherheit der ganzen Existenz – das ist es, was der Kapitalismus für die Kollegen bereit hält.

Aber gerade in diesen Tagen wächst auch das politische Bewußtsein der Hafenarbeiter jeden Tag. Von den Kollegen, die noch in der Tarifrunde 1972 einen umfassenden Forderungskatalog aufgestellt hatten und, in dem Glauben, daß die ÖTV-Bonzen ihre Forderungen durchsetzen, in den Streik getreten waren, sagen nun viele, daß sie von den Gewerkschaftsbonzen nichts zu erwarten haben. Und sie sagen auch: Was wir brauchen, müssen wir uns holen.

Die Aufgabe der Genossen der Partei im Bremer Hafen wird es sein, die Kollegen für den Aufbau der Revolutionären Gewerkschaftsopposition zu gewinnen und ihnen den einzig möglichen Weg zur Befreiung von Krise und Lohnsklaverei zu zeigen: den der proletarischen Revolution und der Errichtung der Diktatur des Proletariats.

Kochs Adler/Bielefeld

Streik gegen Zulagenkürzung

Mit Beginn der Frühschicht sind am 21. März die 130 Kollegen der Gießerei im Werk III bei Kochs Adler in Bielefeld in den Streik getreten. Die Kollegen beantworteten die verschärfte Ausbeutung, den fortgesetzten Lohnraub durch die Kapitalisten mit ihrem Kampf.

Unmittelbarer Anlaß für den Streik war die Tatsache, daß die Ausbeuterfamilie Oetker, der 95% von Kochs Adler gehört, den Kollegen, die im Zeitlohn arbeiten, einen Teil der sogenannten freiwilligen übertariflichen Zulagen gekürzt hatte. Unverschämt erklärten die Kapitalisten, daß sie „angesichts der schlechten wirtschaftlichen Lage" die Hälfte des Tarifabschlusses von 6,8% auf die übertariflichen Zulagen anrechnen wird. Schon Ende des letzten Jahres hatten die Kapitalisten fünfzig Kollegen der Gießerei entlassen, vor vier Wochen erst mußten die Kollegen Kurzarbeit machen, dann der Lohnraubabschluß von 6,8%, nun war für die Kollegen das Maß voll.

Die deutschen und die ausländischen Kollegen standen in einer Kampffront und auch die Akkordarbeiter, die nicht unmittelbar von der Lohnsenkung betroffen waren, solidarisierten sich mit ihren Kollegen und traten ebenfalls in den Streik.

Wie bei den Angriffen der vergangenen Wochen und Monate hatten die Anker-Kapitalisten auch diesmal versucht, die Kollegen einzuschüchtern und auf ihre Angst um ihre Arbeitsplätze spekuliert. Als sie sich in dieser Hoffnung getäuscht sahen, setzten sie sofort alle Hebel in Bewegung, um den Streik zu unterdrücken. **Sie wurden dabei von den reaktionären Betriebsräten und dem IGM-Bevollmächtigten von Bielefeld, Wullenkord, bestens unterstützt.**

Während das Vorstandsmitglied von Adler, Schack, sofort offen drohte, bei dem Streik handele es sich um eine „rechtswidrige Arbeitsniederlegung", heuchelte der angebliche „Arbeitervertreter" Wullenkord zunächst „volles menschliches Verständnis", um dann allerdings genauso unverblümt zu erklären: „Der Streik kann von der Gewerkschaft aus rechtlichen Gründen wegen der vertraglichen Friedenspflicht nicht unterstützt werden."

Gleichzeitig wurden Gerüchte in Umlauf gebracht, um den Streik zu unterdrücken: **Durch den Streik wird sich die schlechte Lage des Betriebes noch weiter verschlechtern. Wahrscheinlich muß die Gießerei ganz geschlossen werden.**

Trotz der ungünstigen Bedingungen für eine Ausweitung des Streiks auf das ganze Werk – von den drei Betrieben machten gerade zwei Kurzarbeit – waren die Kollegen, die ihren Streik am Freitag früh begonnen hatten, auch am Montag morgen noch fest entschlossen, den Kampf fortzusetzen.

Erst nach einer „konzertierten Aktion" der Betriebsleitung, der reaktionären Betriebsräte und des IGM-Bevollmächtigten Wullenkord, die vier Stunden lang auf die Kollegen einredeten, gelang es ihnen, den Streik zu unterdrücken.

Während die Kapitalisten den Arbeitern offen mit der Schließung der Gießerei drohten, war es die Aufgabe der Betriebsräte und des IGM-Bevollmächtigten, die Kollegen zu entmutigen, indem sie immer wieder erklärten, daß ein Streik angesichts der wirtschaftlichen Lage keinen Zweck habe. Vor allem ihrer Demagogie ist es zuzuschreiben, daß die Kollegen ihren Kampf abbrachen. Der Streik der Kollegen bei Anker in Bielefeld hat aber, ebenso wie der Kampf der Arbeiter in Kalldorf und in Erwitte, gezeigt, daß die Drohungen der Kapitalisten und die Demagogie der Gewerkschaftsbonzen auf die Dauer nicht verfangen werden und die Arbeiter die Krisenangriffe der Kapitalisten mit Kampf beantworten werden.





ÜBLE SPALTUNGSMANÖVER DER KAUFHAUS-KAPITALISTEN

Ich arbeite in einem Kaufhaus in Bochum. Hier werden oft die schlimmsten Methoden angewandt, um die Kollegen zu spalten und einzuschüchtern.

So hat die Firma **Testkunden** angestellt, die die Aufgabe haben, zu überprüfen, ob die Kollegen die Anweisungen der Geschäftsleitung korrekt ausführen. Die Testkunden – meistens sind es Frauen – unterscheiden sich äußerlich nicht von normalen Kundinnen. Sie sind darauf aus, die Kollegen übers Ohr zu hauen, um sie dann hinterher bei der Geschäftsleitung anzuschwärzen.

So kam neulich eine Testkundin zu einer Kassiererin, um ihre eingekauften Waren zu bezahlen. Ihre Waren, unter denen sich eine Plastikschüssel befand, hatte sie auf das Beförderband an der Kasse gelegt. Die Kassiererin begann, die Waren zu kassieren, nahm dabei auch die Plastikschüssel hoch und siehe da, unter die Schüssel, so daß es auf den ersten Blick nicht sichtbar war, hatte die Testkundin eine Flasche Parfum gelegt. Hätte die Kollegin die Schüssel nicht hochgehoben, hätte die Testkundin das Parfum eingesteckt und der Geschäftsleitung hinterher von der „Oberflächlichkeit" der Kollegin berichtet, die dann eine Verwarnung erhalten hätte.

Eine andere Kollegin, die hinter dem Buffet im Erfrischungsraum arbeitet, muß dort Kuchen über die Theke verkaufen und diesen dann an der Kuchenkasse abrechnen. Sie wurde einmal zur Geschäftsleitung gerufen, wo ihr gesagt wurde, daß eine Testkundin angerufen habe, die gesehen hätte, wie sich die Kollegin nach dem Kassieren Geld in die Tasche steckte. Die Frau fiel aus allen Wolken und beteuerte, daß das nicht stimmen würde. Sie zeigte auch ihre Kitteltaschen, in denen sich kein Geld befand. Der Geschäftsleiter tat dann zwar so, als glaube er der Kollegin, tat aber nichts, um den Verdacht wirklich aufzuklären, was anhand der Kuchenkasse leicht möglich gewesen wäre.

Das ganze Manöver diente hauptsächlich dazu, der betroffenen Kollegin Angst einzujagen und das Vertrauen der Kolleginnen untereinander zu erschüttern, denn bei der Diskussion über diesen Verdacht war auch die Frage aufgetaucht, ob nicht vielleicht eine andere Kollegin die Verkäuferin angeschwärzt hatte.

Ein anderes Mittel der Geschäftsleitung, um Zwietracht unter den Kolleginnen zu säen, ist die Zahlung von Diebstahlprämien. Erwischt eine Verkäuferin einen erwachsenen Dieb, bekommt sie 50 DM, ist er unter 14, bekommt sie 20 DM. Erwischt sie eine Kollegin, bekommt sie 100 DM ausgezahlt. Die Geschäftsleitung spekuliert bei diesen Diebstahlprämien auf den extrem niedrigen Lohn der Verkäuferinnen. (So bekommt eine Verkäuferin im 2. und 3. Berufsjahr ein Gehalt von 850 DM brutto, das sind bei einer unverheirateten Kollegin, Steuerklasse I 560 DM netto). Laut Vorschrift ist jeder Kollege, der Zeuge eines Diebstahls wird, verpflichtet, den Dieb zu stellen. Macht er das nicht, muß er mit einer Verwarnung rechnen. In der Praxis sieht das dann so aus:

Neulich wurde ein 14-jähriges Mädchen, das einen Lippenstift im Wert von 2,50 DM eingesteckt hatte, und aus lauter Angst vor seinen Eltern einen falschen Namen und eine falsche Anschrift angegeben hatte, von der sofort herbeigeholten Polizei wie eine Schwerverbrecherin abgeführt.

Als allerdings ein Polizeibeamter von einem Hausdetektiv dabei beobachtet wurde, wie er in der Spirituosenabteilung eine Flasche Schnaps in seine Aktentasche steckte und sie auf diesem Weg zum Ausgang beförderte, wurde er nur mündlich verwarnt und darauf hingewiesen, daß er in Zukunft den Einkaufswagen benutzen müsse.

VW-BOSSE ERPRESSEN AUSLÄNDISCHE KOLLEGEN

Bei VW-Baunatal wurden in den letzten Wochen wieder ca. dreihundert – zumeist ausländische Kollegen – mittels des Abfindungsbetruges entlassen. Einer der ausländischen Kollegen berichtete, daß die VW-Bosse dabei offen erpresserisch vorgingen. Die Kollegen wurden vor die Alternative gestellt: Entweder „freiwillig" kündigen und 5 000 DM Kopfgeld, oder eine Kündigung in den nächsten Monaten, dann allerdings ohne Abfindung.

Obwohl dieser Kollege schon mehrere Jahre in der Bundesrepublik arbeitet, entsprechende Beiträge zur Arbeitslosenversicherung geleistet hat und somit Anspruch auf Arbeitslosengeld für einen längeren Zeitraum hätte, wird ihm der Staatsapparat keinen Pfennig zahlen. Kaum war die Tinte unter dem Abfindungsvertrag trocken, erhielt er vom Arbeitsamt ein Schreiben mit dem Inhalt, daß seine Arbeitserlaubnis nicht verlängert wird. Ohne Arbeitserlaubnis aber keine Aufenthaltserlaubnis, ohne Aufenthaltserlaubnis Abschiebung.

Noch vor zwei, drei Jahren haben die Kapitalisten die ausländischen Kollegen mit allerlei Versprechungen ins Land gelockt; sie mußten ihnen die dreckigsten, schwersten Arbeiten verrichten, bekamen den niedrigsten Lohn. Jetzt werden sie von ihnen vor die Tür gesetzt und davongejagt.

Die Partei hier in Kassel wird gemeinsam mit den betroffenen Kollegen den Kampf gegen die Entlassungen, Arbeitslosigkeit und Abschiebung führen. Vor allem gilt es, den Spaltungsversuch der Kapitalisten zwischen deutschen und ausländischen Kollegen – wobei sie scheinheilig behaupten, die Entlassung und Abschiebung der ausländischen Kollegen liege im Interesse der deutschen Arbeiter und würde ihnen die Arbeitsplätze sichern – zu vereiteln. Gerade hier bei VW-Baunatal zeigt es sich, daß beide, deutsche wie ausländische Kollegen, von den Massenentlassungen bedroht sind. Es gilt, den Kampf der deutschen Kollegen gegen Entlassung und Arbeitslosigkeit mit dem Kampf der ausländischen Kollegen gegen Massenentlassungen und Abschiebung zu verbinden.

Deutsche und ausländische Arbeiter – Eine Klasse! Eine Kampffront!

Gespräch mit der Familie von Manfred Rohs

'Wir lassen uns nicht alles gefallen'

Vor zwei Wochen war in Köln der 25-jährige Arbeiter Manfred Rohs von der Polizei erschossen worden. Die bürgerliche Presse verbreitete daraufhin die übliche Polizeilüge, daß die Beamten in Notwehr gehandelt hätten und versuchte, Manfred gleichzeitig als Rowdy, als gewalttätigen Jugendlichen hinzustellen, um zu vertuschen, daß sich die Brutalität der Polizei gegen alle Werktätigen richtet, um zu vertuschen, daß es im Grunde jeden anderen Kölner Arbeiter genauso hätte treffen können.

Kölner Genossen sprachen mit der Familie von Manfred Rohs. Was sie in diesem Gespräch erfuhren, zeigt, daß Manfred ein Kollege war wie du und ich. Es zeigt darüberhinaus, daß die Werktätigen immer weniger gewillt sind, den Terror der Polizei wehrlos hinzunehmen.

Wer war Manfred Rohs? Sein Bruder erzählt, daß er zuletzt bei einem Bauunternehmer gearbeitet hat. Seit September ist er arbeitslos. Ein chronischer Kneipengänger? Dazu hätte er gar kein Geld gehabt. Denn obwohl er inzwischen ein halbes Jahr arbeitslos ist, hat er immer noch keinen Pfennig Arbeitslosenunterstützung bekommen. Das Arbeitsamt wollte immer neue Papiere. Zuletzt die Rentenbescheinigung seiner Großmutter. Erst wenn sie dem Arbeitsamt vorlag, sollte er Arbeitslosenunterstützung bekommen.

Die Zeitungen versuchen Manfred nicht nur als Kneipengänger, sondern auch als gemeingefährliches Subjekt hinzustellen. Das einzige Bild, das von ihm veröffentlicht wurde, war deshalb eines, das ihn in seiner Bundeswehrzeit mit einer Maschinenpistole zeigte. Sein Bruder dazu: So ein Bild vom Bund besitzt schließlich jeder. Manfred war kein Waffenfanatiker. Er ist ja noch nicht einmal freiwillig zum Bund gegangen. Man hat ihn dazu gezwungen.

Wie starb Manfred Rohs? Die Zeitungen schreiben, die Polizei hätte in Notwehr geschossen. Die Polizei versuchte zunächst sogar, es so hinzustellen, als habe ein Schußwechsel stattgefunden und suchte zu diesem Zweck eifrig im Garten nach Hülsen. Manfreds 15-jährige Schwester dagegen hat mit eigenen Augen gesehen, was passierte. Vom Balkon gegenüber hörte sie, wie die Polizisten sagten: „Hier sind wir richtig", als sie die kaputte Scheibe sahen. Sie haben überhaupt nicht nach dem Namensschild gesehen. Wäre zufällig noch in einer anderen Wohnung eine Scheibe kaputt gewesen, hätte noch jemand anders erschossen werden können. Manfreds Schwester sah dann, wie Manfred erst seinen Arm aus dem Loch in der Scheibe steckte und danach versuchte, hinauszuschauen. In diesem Moment fielen die tödlichen Schüsse.

Die Pistole, mit der Manfred nach der ersten Darstellung der Polizei geschossen haben soll, ist nichts weiter als eine Attrappe, wie man sie überall erwerben kann, noch dazu defekt. Sie lag hinterher im Laubengang des Hauses. Zeugen dafür, daß Manfred sie überhaupt in der Hand gehabt hat, gibt es nicht.

Was die angebliche Notwehr der Polizei betrifft, so reicht es dazu, wenn man den Kölner Polizeipräsidenten hört, der zu dem Hergang meinte, wenn ein Polizist schießt, müsse er auf etwas Breites schießen, damit er auch Aussicht auf einen Treffer habe. Da biete sich eben der Kopf mehr an als ein Arm.

Besonders empört ist die Familie Rohs darüber, wie die Polizisten sie alle behandelten, nachdem die tödlichen Schüsse gefallen waren. Als ein jüngerer Bruder von Manfred die Polizisten fragte, was mit seinem Bruder sei ob er tot sei, bekam er keine Antwort. Niemand von der Familie durfte zu Manfred. Die Polizisten: Wir haben unsere Anweisungen. Auch als Manfred tot war, behandelten ihn die Polizisten wie den letzten Dreck. Seine Leiche wurde einfach in eine Plastiktüte geschoben und die Treppe hinuntergeschleift. Dafür verlangt jetzt die Polizei von den Eltern die Bezahlung der Rechnung für den Abtransport über 95 DM.

Die Eltern und Geschwister von Manfred Rohs sind über diesen bodenlosen Zynismus sehr empört. Er bestätigt ihnen nur, was sie von Anfang an wußten: daß ihr Sohn von der Polizei kaltblütig ermordet wurde. Einer der Angehörigen sagte: „Bei jedem Verbrecher ist ein großes Bild in der Zeitung. Aber bei den staatlichen Kopfjägern nichts als ein Mantel des Schweigens. Die werden nicht verfolgt, sondern „um sich von den Anstrengungen der Nacht zu erholen", in den Innendienst versetzt."

Was wird die Familie tun? Die Familie Rohs wird einen Prozeß gegen die Mörder ihres Sohnes anstrengen. Illusionen darüber, daß ein Gericht Recht in ihrem Sinne sprechen wird, haben sie nicht. Sie wollen den Prozeß vor allem, um dem Staat zu zeigen, daß sie sich nicht alles gefallen lassen. Gleichzeitig aber überlegen sie weiter, was die Ursachen dafür sind, daß junge Arbeiter wie ihr Sohn und Bruder einfach erschossen werden können, ohne daß die Mörder auch nur im Geringsten eine Bestrafung zu befürchten brauchen, weil sie eben Polizisten sind.

Einer von Manfreds Brüdern sieht das Ganze in Zusammenhang mit seiner täglichen Erfahrung im Betrieb, mit der Ausbeutung und Unterdrückung, die er dort erfährt. Sein Kommentar: Er habe ja bisher nicht geglaubt, was in der Betriebszeitung der KPD/ML, die dort verteilt wird, steht. Aber jetzt habe er am eigenen Leib erfahren, daß es richtig ist, was die Kommunisten schreiben.

Mit ihm werden auch andere Kölner Arbeiter an diesem Polizeimord klarer sehen, daß es keinen Weg gibt, die herrschende Klasse friedlich dazu zu bringen, der Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiterklasse ein Ende zu machen. Es gibt nur einen Weg, den Weg der gewaltsamen Revolution.

Verhindert den Mord an Brigitte Heinrich!

Seit dem 26. November wird Brigitte Heinrich, Lehrbeauftragte am Fachbereich Sozialwissenschaften der Universität Frankfurt, im Mainzer Gefängnis durch Isolierhaft gefoltert. Sie sitzt in einer Einzelzelle im „Toten Trakt", ist von allen Gemeinschaftsveranstaltungen ausgeschlossen und darf keinerlei Kontakt zu anderen Gefangenen haben.

Sogar ihren Eltern wurde lediglich erlaubt, sie alle vierzehn Tage für eine halbe Stunde zu besuchen. Bis Ende Januar durfte sie darüber hinaus nur mit zwei anderen Besuchern für jeweils fünfzehn Minuten sprechen. Bis Ende Februar wurde ihr weder eine Uhr noch ein Transistorradio genehmigt und die Polizeischergen scheuten sich nicht einmal, Bilder, die Brigitte Heinrich an die kahlen Wände ihrer Zelle geheftet hatte, herunterzureißen und zu vernichten.

Brigitte Heinrich ist krank. Sie leidet seit langem an einer Lymphdrüsenerkrankung, die sich nun in der Isolierhaft wieder eingestellt hat und, wie ein Mainzer Internist festgestellt hat, mit großer Geschwindigkeit weiterentwickelt.

In einer Presseerklärung schreiben die Rechtsanwälte von Brigitte Heinrich: *„Diese Lymphdrüsenerkrankung (. . .) hat normalerweise geringe Heilungschancen und verläuft insbesondere im Rückfall tödlich."*

Brigitte Heinrich wurde während des Polizeiterrors anläßlich der „Aktion Winterreise" von zwanzig Polizisten, die zum Teil mit Maschinenpistolen bewaffnet waren, beim Einkaufen festgenommen, ihre Wohnung wurde vollständig verwüstet, ihre Aufzeichnungen für Artikel und Aufsätze, für ihre Lehrtätigkeit, alles was sie innerhalb von zehn Jahren zusammengetragen hatte, wurde als „Beweismaterial" beschlagnahmt. Das Bundeskriminalamt behauptet, Brigitte gehöre der RAF an, kann aber nicht einmal dafür Beweise liefern.

Einziger „Beweis" sind die Aussagen zweier gekaufter Spitzel, eines gewissen Rolf Mauer und eines gewissen Jurgen Bodeux, Spitzel in der Art eines Ruhland. Bodeux zum Beispiel behauptet, daß Brigitte Heinrich in Palästina eine „waffentechnische Ausbildung" mitgemacht habe, wofür sie angeblich als „Gegenleistung Waffen in die Bundesrepublik transportieren" sollte. Das ist alles vollständig erlogen.

Der wirkliche Grund für die Isolationsfolter an Brigitte Heinrich ist, daß sie sich in ihren Artikeln und Aufsätzen auf die Seite der um ihre Befreiung vom Imperialismus kämpfenden Völker der 3. Welt gestellt hat. In diesem Zusammenhang war sie auch nach Palästina gefahren, um Material für ihre Veröffentlichungen zu sammeln.

Offenkundig erlogen ist dann auch die Behauptung der Staatsschutzbehörden, Brigitte Heinrich hätte festgenommen werden müssen, weil sie „untertauchen wollte". In Wirklichkeit war sie jedoch gerade umgezogen und ging darüber hinaus ihrer normalen Lehrtätigkeit an der Universität Frankfurt nach.

Jetzt soll Brigitte Heinrich offensichtlich, ähnlich wie es die bürgerliche Klassenjustiz bereits mit Katharina Hammerschmidt geplant hatte, im Gefängnis ermordet werden, denn ihre Krankheit ist im Gefängnis nicht heilbar. ***Zynisch erklärte ihr gegenüber bereits ein Beamter des Bundeskriminalamtes, sie wisse ja, daß man erst aus dem Knast komme, „wenn man fast krepiert ist".***

DER MORD AN BRIGITTE HEINRICH MUSS VERHINDERT WERDEN!

SOFORTIGE FREILASSUNG VON BRIGITTE HEINRICH!

Polizei terrorisiert Klaus Kercher

Schwarze Listen gegen Kommunisten

Wir berichteten bereits, daß am 7. März ein Genosse bei der Bundeswehr zum Spieß gerufen wurde, um vor zwei Beamten, die erklärten, sie kämen auf Veranlassung des Bundeskriminalamtes, ein Alibi für die Zeit der Entführung von Peter Lorenz abzugeben. Die beiden Beamten gaben außerdem offen zu, daß sie „Leute besuchen, die auf einer schwarzen Liste" zusammengestellt seien.

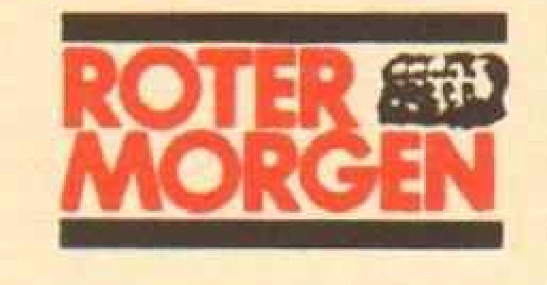
Jetzt berichtet uns Genosse Klaus Kercher, der im Oktober vergangenen Jahres von der bürgerlichen Klassenjustiz zu 16 Monaten Gefängnis wegen angeblichen Landfriedensbruchs bei der Roten Antikriegstagsdemonstration in München 1972 verurteilt worden war: *„Genossen, mir ist genau dasselbe passiert! Am 6. 3. hielten mich morgens gegen halb neun Kriminalbeamte der Reutlinger Kripo auf der Straße an: sie hätten gern ein Alibi von mir. Wo ich denn in der Zeit vom 27. Februar bis zum 6. März gewesen sei. Sie behaupteten auch, daß es ihnen um ein Alibi für die Zeit der Entführung von Peter Lorenz ginge. Außerdem wollten sie meinen Personalausweis und meinen Führerschein sehen, denn ‚da sind einige Dokumente gefälscht worden', sagten sie. Einige Stunden später erfuhr ich, daß drei Kripo-Beamte auch an meinem ersten Wohnsitz, einem kleinen Dorf 30 km von Reutlingen herumschnüffelten. Als ihnen an der Tür zu meiner Wohnung niemand aufmachte, weil nur meine Großmutter zu Hause war, die schwer krank ist, gingen sie aufs Rathaus und zogen dort Erkundigungen ein. Die Reutlinger Kriminalpolizei erklärte später, sie sei in der ganzen Sache überhaupt nicht zuständig, die Anweisung, mein Alibi zu untersuchen, sei vom Landeskriminalamt gekommen."*

Der Versuch, Genossen Klaus Kercher mit der Entführung von Peter Lorenz in Zusammenhang zu bringen, ist kein Zufall. In seinem Prozeß war Genosse Klaus von Rechtsanwalt Lang verteidigt worden, der nun von der Klassenjustiz als einer der „Rädelsführer" bei der Entführung gesucht wird. Genosse Klaus war außerdem im vergangenen Jahr schon zweimal von der Polizei verhaftet und ins Gefängnis geworfen worden und in Handschellen vor das Gericht gezerrt worden.

Offensichtlich wollte die bürgerliche Klassenjustiz sich nun erneut einen Vorwand verschaffen, um einen bekannten Kommunisten hinter Gitter zu bringen.

Bestellt das Zentralorgan der KPD/ML

An den
Verlag G. Schubert
46 Dortmund 30
Postfach 30 05 26
hiermit bestelle ich



A) Probenummer ☐ B) Abonnement ab Nr.....

Ich möchte Informationsmaterial ☐ Ich möchte besucht werden ☐

Name, Vorname.........................

Beruf.........................

Postleitzahl/Ort.........................

Straße.........................
(Bitte in Blockschrift ausfüllen)

Datum.............. Unterschrift.........................

Das Abonnement kostet für ein Jahr 30,– DM. Dieser Betrag ist auf das Postscheckkonto Dortmund 417 06 – 466 oder auf das Bankkonto bei der Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 – 393 zu überweisen.

Parteibüros der KPD/ML

BIELEFELD
Buchladen „Roter Morgen", Schloßhofstr. 1. Öffnungszeiten: Mo, Do und Fr: 16.30-18.30, Sa: 9-13 Uhr.

BOCHUM
Dorstenerstr. 86. Öffnungszeiten: Mo-Fr: 17.30-19 Uhr Sa: 10-13 Uhr.

BREMEN
Bremen-Walle, Waller Heerstr. 70. Öffnungszeiten: Mi: 16-19, Sa 9-13.

DORTMUND
Wellinghofer Str. 103. Tel.: 0231/41 13 50. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15-18 Uhr, Sa: 10-14 Uhr.

DUISBURG
Duisburg-Hochfeld, Paulusstr. 36. Öffnungszeiten: Mo-Fr: 17.30-19, Sa: 10-13 Uhr

HAMBURG
Buchladen „Roter Morgen", Stresemannstr. 110. Tel.: 040/43 99 137. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15-18.30, Sa 9-13 Uhr.

HANNOVER
Elisenstr. 20. Tel.: 0511/44 51 62. Öffnungszeiten: Di und Do 16.30-19 Uhr, Sa 9-13 Uhr.

KIEL
Thälmann-Buchladen, Reeperbahn 13. Tel.: 0431/74 7 62. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15-18.30, Sa 9-13.

KÖLN
Köln-Kalk, Buchforststr. 105 b. Öffnungszeiten: Di und Do 17-19 Uhr, Sa: 9-13 Uhr

LÜBECK
Buchladen „Roter Morgen", Marlesgrube 58. Öffnungszeiten: Mo, Mi und Fr 16.30-18.30 Uhr.

MANNHEIM
Lortzingstr. 5. Tel.: 0621/37 67 44. Öffnungszeiten: Mo-Fr 17-18.30, Sa 9-13 Uhr.

MÜNCHEN
Buchladen „Roter Morgen", 8 München 2, Thalkirchner Str. 19. Tel.: 089/77 51 79. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

MÜNSTER
Bernhard-Ernst Str. 6. Öffnungszeiten: Mo – Fr. 16 – 18.30 Uhr, Sa. 11 – 14 Uhr

STUTTGART
Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr. 107. Tel.: 0711/43 23 88. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9.30-13 Uhr.

WESTBERLIN
Buchladen „Roter Morgen", 1 Berlin 65, Schererstr. 10. Tel.: 030/465 28 07. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 10-14 Uhr.

Parteiveranstaltungen

SCHÖNBEK
bei Bordesholm
„Reform oder Revolution?" 5.4.75, 19.00 Uhr, Gasthof „Homanns".

FRIEDRICHSHAFEN
„Einheit in der KPD/ML", Diskussionsabend am 17.5.74, 19.00 Uhr, Gaststätte „Walthorn", gegenüber MTU Werk II

Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus

Literatur und Zeitschriften aus den Volksrepubliken China und Albanien
Veröffentlichungen des Verlags ROTER MORGEN

Bestellungen an:
Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus – 2 Hamburg 11, Postfach 11 16 49

A C H T U N G !

Ab 1. April 1975
Neue Postanschrift

Verlag G. Schubert
46 Dortmund 30
Postfach 30 05 26